Gegen Spardiktate und Nationalismus

Solidaritätsreise nach Griechenland

»Sie verkaufen hier alles«

Herbst 2017: Berichte aus einem geplündertem Land



Impressum

Gegen Spardiktate und Nationalismus
6. Solidaritätsreise nach Griechenland

Spendenkonto „Griechenland-Soli“
Manfred Klingele-Pape · IBAN DE81 2005 0550 1211 4789 10 · BIC HASPDEHHXXX

V.i.S.d.P.: Hans Koebrich
Kontakakt: griechenlandsoli@riseup.net

Aktuelle Informationen über Griechenland sowie Veranstaltungshinweise
findet ihr unter: https://griechenlandsoli.com/

Fotos: Reisegruppe und Giovanni Lo Curto (Umschlag, Seiten 3, 9, 10, 15, 40, 41, 42, 44, 46)
Vorderseite: Blick von Perama,
Rückseite: Protest gegen Goldabbau in Chalkidiki (oben), Balkon im City Hotel Plaza (unten)

Inhalt

Vorwort	4
Brief aus Athen: Neue Entwicklungen bei den Zwangsversteigerungen	5
Treffen auf dem Hoteldach: Erste Eindrücke	7
Das beste Hotel Europas – City Plaza	8
Im Hafen von Piräus	12
Besuch im sozialen Zentrum Perama	15
Terror im Stadtteil	17
Zahnloser Tiger	19
Landraub in Griechenland	22
Ich zahle nicht!	24
Über die Situation der LehrerInnen und die Zustände an den Schulen	26
Kostas – Außenvertretung von Vio.me in Athen	28
„Klassen-Gegenangriff“	31
Distomo	33
Über die Situation in Deutschland	36
Bei ANTARSYA	37
Die Gesundheitsbewegung hat einen Sieg errungen	40
Der Widerstand gegen den Goldbergbau geht weiter	42
Kampf gegen die drohende Zwangsversteigerung	44
Neues vom Widerstand gegen Zwangsversteigerungen	45
Wenn Sonntag kein Feiertag ist, dann ist kein Sonntag	47
Griechische Flughäfen – ein Schnäppchen für Fraport	49
Save Greek Water: Blick auf eine europaweite Kampagne	50
Bilanz der 6. Reise: Bericht aus einem geplünderten Land	53

Vorwort

Auch im neunten Jahr der Krise befindet sich die griechische Gesellschaft in einem tiefen Schockzustand. Das Spardiktat der internationalen Troika und die politische Kehrtwende Syrizas halten die Menschen in einem dauerhaften Ausnahmezustand, der nach und nach dem Alltag gewichen ist. Doch ein intensiver politischer Klärungsprozess innerhalb der linken Bewegung hat begonnen und lässt einige hoffen.

Noch 2015 schien ein neues Kapitel europäischer Politik möglich. Der Wahlerfolg der einstmals als linksradikale Partei angetretenen Syriza fand europaweit euphorischen Widerhall. Von Athen über Madrid, Dublin, ja selbst bis nach Berlin schien ein Ende der neoliberalen Spardiktate und der Vorherrschaft deutscher Austeritätspolitik greifbar. Diese Träume fanden mit der Zustimmung der griechischen Regierung zu den kommenden Memoranden ein jähes Ende.

Die Kapitulation der griechischen Regierung war eine Niederlage – nicht allein für die griechische Linke, sondern auch für die antikapitalistischen Kräfte in Deutschland. Unter der Parole »Change Greece – Change Europe – Chance 4 All!« hatten auch wir (von der Linkspartei bis in die radikale Linke) nach der Wahl von Syriza gehofft, der griechischen Bevölkerung möge es gelingen, aus dem Teufelskreis immer neuer Spardiktate auszubrechen.

Diese Hoffnung wurde mit der Unterzeichnung des neuen Memorandums durch die Regierung Tsipras zu Grabe getragen. Die griechische Regierung war innerhalb der Europäischen Union isoliert geblieben und auch die hiesige Linke hatte keine nennenswerte Unterstützung herstellen können. Der Impuls für ein Zurückdrängen der Spar- und Kahlschlagpolitik ist ausgeblieben. Die Kräfteverhältnisse in Europa als auch innerhalb Deutschlands wurden zementiert; die politische Stimmung hat sich weiter nach rechts verschoben.

Seither fehlt es auch der außerparlamentarischen und radikalen Linken an einem gemeinsamen Bezugsrahmen. Die verschiedenen sozialen und gewerkschaftlichen Kämpfe finden meist isoliert statt und können keine gesamtgesellschaftliche Wirkung entfalten. Dies ermöglicht dem (internationalen) Kapital die Privatisierungen und Ausbeutung der griechischen Gesellschaft immer weiter voranzutreiben. Und, zwingt die griechische Bevölkerung sich im Schock einzurichten und ums Überleben zu kämpfen.

Und dennoch konnte der Widerstand, trotz der widrigen Kräfteverhältnisse, bisher nicht gebrochen werden. Viele kleine basisgewerkschaftliche Initiativen und Stadtteilversammlungen, die wir im Rahmen der sechsten gewerkschaftlichen Solidaritätsreise gegen Spardiktat und Nationalismus im September 2017 besuchten, konnten auch von Erfolgen berichten. Beispielsweise konnten im Herbst beinahe 90 Prozent der gerichtlich angesetzten Zwangsversteigerungen von Privatwohnungen verhindert werden und auch der Kampf gegen die Privatisierung der Wasserwerke von Thessaloniki und Athen lässt auf einen Sieg hoffen.



Protest gegen die Zwangsversteigerungen vor dem Gericht in Thessaloniki

Auf dem Plakat: Nein zu Zwangsversteigerungen! Dach-Wasser-Strom-Heizung-Fürsorge für alle Menschen!

Brief aus Athen: Neue Entwicklungen bei den Zwangsversteigerungen

Wie erwartet, spitzt sich die Situation mit den Zwangsversteigerungen immer weiter zu. Seit 2012, zwei Jahre nach der Einführung der Memoranden in Griechenland, wurde nach und nach der Rechtsschutz für die Kreditnehmer zu Gunsten der Banken abgebaut.[1]

Die Bewegung gegen die Zwangsversteigerungen hatte davor gewarnt, dass es sehr bald zu Massenzwangsversteigerungen, auch des ersten und einzigen Wohnsitzes, kommen würde. Immer mehr Kreditnehmer hatten entweder ihren Job verloren oder mehr als die Hälfte ihres früheren Einkommens eingebüßt. Sie würden nicht mehr im Stande sein, ihre Raten zu bezahlen. Hinzu kommen noch zehntausende Menschen, welche die ständig wachenden Steuern und Sozialversicherungsbeiträge nicht mehr bezahlen können. Die Gefahr, die eigene Wohnung zu verlieren, wird noch größer weil die Gläubiger auch Zwangsversteigerungen verlangen für Schulden von über 500 Euro an den Staat und die öffentlichen Versicherungsanstalten. Und unsere Erfahrung zeigt, dass sich die heutige Regierung, wie auch alle anderen vor ihr, den Forderungen der EU-Eliten fügen wird.

Die Verantwortung der Syriza-Regierung für diese höchst negativen Entwicklungen beginnt schon mit ihrem Regierungsantritt zu Beginn des Jahres 2015. Sie hat den am 1. Januar

1 2008, nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers, hatte das griechische Parlement den Rechtsschutz für Kreditnehmer (generelles Zwangsverteigerungsverbot für Schulden bis 200.000 Euro, Schutz des ersten Wohnsitzes) verabschiedet.

2015 abgelaufenen generellen Rechtsschutz für den ersten Wohnsitz nicht erneuert. Darüber hinaus, hat sie

1. mit einem neuen Gesetz den einzigen, einigermaßen effektiven Rechtsschutz der erhalten geblieben war (das sogenannte Katseli-Gesetz, das das Insolvenzverfahren für Privatpersonen eingeführt hat), stark abgeschwächt und
2. eine Änderung der Zivilprozessordnung vollzogen, die vorsieht, das nach der Verabschiedung eines diesbezüglichen Gesetzes durch das Parlament, die elektronischen Zwangsversteigerungen rechtsgültig würden.

Das bedeutet für uns, dass von nun an die Zwangsversteigerungen nicht nur in den Gerichtssälen, sondern auch in den Notarkanzleien vollführt werden können, und zwar nicht nur einmal wöchentlich für eine Stunde, sondern mehrmals und für mehrere Stunden, was natürlich die Abwehr bzw. Verhinderung erschwert. Darüber hinaus, wird auch nicht der öffentliche Charakter des Verfahrens gesichert. Das Gesetz wurde kurz vor Weihnachten vom Parlament verabschiedet, und zwar mit der Einfügung einer Rechtsvorschrift, die die Behinderung der Zwangsversteigerungen kriminalisiert und eine Haftstrafe von bis zu 6 Monaten vorsieht. Die Regierung rüstet sich für die fast 40.000 Zwangsversteigerungen, die 2018 geplant sind.

Diese Entwicklung zeigt, dass, nach dem Ausverkauf der öffentlichen Güter und der Infrastruktur des Landes, nun der Privatbesitz der einfachen Bürger an der Reihe ist. Sie zeugt auch von der Panik der Regierung und ihrer „Vorgesetzten in Berlin und Brüssel“ angesichts der immer massenhafteren Teilnahme der Menschen an der Bewegung zur Abwendung der Zwangsversteigerungen. Es ist fast die einzige Bewegung, die nach der Kapitulation von 2015 und der darauffolgenden allgemeinen Frustration und Enttäuschung standhält und stärker wird. Hierzu zählt auch das Verhalten der Notarkammern, die sich bis jetzt mehrmals der Verfahren enthalten haben. Sie stehen zum großen Teil positiv der Bewegung gegen Zwangstversteigerungen gegenüber. Eine der Ausnahmen bildet die Mehrheit des Vorstandes der Notarkammer von Attika, die sich vorbehaltslos an die Seite der Regierung und der Gläubiger stellt.

Eine weitere Schwierigkeit, mit der die Bewegung letztens konfrontiert wird, ist die starke Polizeipräsenz an den Gerichtshöfen und vor den Notarbüros. Und in den letzten Wochen ist ganz deutlich geworden, dass die Polizei Anweisungen hat, hart durchzugreifen.

Es wird sich bald zeigen, ob die Bewegung gegen die Zwangsversteigerungen auch diese neuen Hürden überwinden und sich weiter stärken wird. Doch eines wird immer klarer: Das Recht der mittleren und unteren Schichten auf menschenwürdige Wohnverhältnisse, auf billige Mieten oder auf eine Eigentumswohnung wird immer härter von den finanziellen Eliten und ihren Handlangern an den Regierungen angegriffen – ob in Griechenland, Deutschland oder anderswo!

Athen, 8. Januar 2018



Treffen auf dem Hoteldach: Erste Eindrücke

Sonntagabend, 24. September 2017

Am Sonntag trafen nach und nach alle ein, so dass wir uns abends um 20 Uhr auf dem Hoteldach versammeln konnten. Auch unsere griechischen Freunde kamen, so dass wir schließlich mit 25 Leuten im Kreis saßen.

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde und einigem Organisatorischen fragten wir unsere griechischen Freunde, was sich seit unserem letzten Besuch verändert habe und ob es stimme, was die bürgerlichen Zeitungen schreiben, dass nämlich Griechenland die Wende geschafft habe.

E. meinte, einiges an den neuen Zahlen stimme, z.B. der Besucherrekord im Tourismus. Aber insgesamt sei für die Bevölkerung nichts besser geworden, wie A. betonte. Die Arbeitslosigkeit sei nach wie vor über 20%, die Löhne seien weiter gesunken, während Steuern und Abgaben gestiegen seien. Insbesondere breite sich eine allgemeine Flexibilisierung der Arbeit aus, Minijobs, kurzfristige Verträge usw. nehmen immer mehr zu.

N. meinte, es sei jetzt nicht mehr so wie noch 2012 und 2013, wo der Ausbruch der Krise und die neoliberalen Programme die Bevölkerung völlig unvorbereitet getroffen und einen Schock ausgelöst hätten. Heute sei es so, dass man sich sozusagen im Schock eingerichtet habe und ums Überleben kämpfe mit keinerlei Aussicht auf eine Besserung.

Ein Punkt wurde dann näher ausgeführt. Es geht um die zunehmenden Zwangsversteigerungen von Häusern und Wohnungen. Man muss wissen, dass in Griechenland Wohnungseigentum eine große Rolle spielt, ca. 80% der Bevölkerung leben in eigenem Wohneigentum. Bisher war der Erstwohnsitz gesetzlich geschützt. D.h. Zweit-, Dritt- und Viertwohnungen konnten zwangsversteigert werden bei Überschuldung, aber nicht die Erstwohnung. Viele Menschen können aber nicht mehr die Raten für die Hypotheken bedienen. Deshalb verlangen die EU-Gläubiger nun die Zwangsversteigerungen. Der Schutz für den Erstwohnsitz muss deshalb angegriffen und zunehmend eingeschränkt werden. Mehrere Notarsvereinigungen haben erklärt, dass sie dabei nicht mitmachen werden. Deshalb wird jetzt versucht, eine Art elektronische Zwangsversteigerung durchzuführen, um die Notare zu umgehen. Dies ist aktuell ein offener Kampf. Am Mittwoch wollen wir uns mit einer Initiative gegen Zwangsversteigerungen treffen.

V. und N. berichteten vom Öffentlichen Dienst. Erklärtes Ziel der EU ist es den Staat zu „verschlanken“. Das hat nun die Regierung unterschrieben. Das Ziel ist von 450 000 Be-

schäftigten (ohne die Beschäftigten im Bildungssektor, also z.B. LehrerInnen) auf 150 000 zu kommen, d.h. auf ein Drittel. (In Deutschland mit der achtfachen Bevölkerung sind 4,69 Mio im Öffentlichen Dienst beschäftigt. Dazu muss man wissen, dass zum Öffentlichen Sektor in Griechenland auch die Beschäftigten von Wasserwerken, Bahn und Elektrizitätswerken z.B. zählen sowie das Militär. Die eigentlichen Staatsbediensteten sind weniger als im EU-Durchschnitt.) Ein Mittel, das diesen Abbau jetzt ermöglichen soll, sind „Leistungsbeurteilungen“. Bei zwei negativen Beurteilungen kann man zukünftig entlassen werden. Es geht also nicht um eine Verbesserung des Öffentlichen Dienstes, sondern um seine Schrumpfung. Wenn man sich weigert, daran teilzunehmen, soll das zukünftig strafrechtlich verfolgt werden!

A. betonte auch noch, dass dadurch, dass die sogenannte „radikallinke“ Regierungspartei Syriza diese ganzen neoliberalen Maßnahmen durchziehe, es eine völlige Lähmung und Demoralisierung der Volksbewegung gegeben habe. Die allgemeine und fatale Wahrnehmung sei, dass auch die Linke nichts anderes sei als eine neoliberale Partei. Das mache hoffnungslos. Es gebe jetzt sogar einige, die Syrizas Politik richtig fänden, weil es ja offensichtlich keine Alternative gebe.

Wir werden in der kommenden Woche versuchen herauszufinden, ob diese Hoffnungslosigkeit allgemein dominiert oder ob doch das eine oder andere Widerstandspflänzchen lebt und wächst.

Manfred



Die Küch des City Plaza

Das beste Hotel Europas – City Plaza

Montagmittag, 25. September 2017

Im letzten Jahr waren wir schon einmal im City Plaza, dem "besten Hotel in Europa". Dieses Mal gehen wir mit Achim Rollhäuser herum und schauen uns die Gemeinschaftsräume an, den Speisesaal, die Küche, das Café. Neu ist ein kleiner Raum für die Kinder, liebevoll eingerichtet. Letztes Jahr tobten überall Kinder herum, so dass ich fast Angst haben musste umgerannt zu werden Eine Betreuerin sagte uns, dass es sehr schwierig war, die Kinder irgendwie zu organisieren. Jetzt ist es ganz ruhig, denn die Kinder gehen zur Schule oder sind in ihren Zimmern. Wir sitzen draußen und Achim berichtet uns über City Plaza.



Speisesaal des City Plaza

Seit 2016 die Grenze zu Makedonien dicht gemacht wurde und das EU-Türkei Abkommen beschlossen war, können alle Flüchtlinge, die aus der Türkei kommen, zurückgeschickt werden und die Asylanträge können abschlägig beschieden werden.

Im September 2015 gründete sich eine Solidaritätsinitiative für ökonomische und politische Flüchtlinge. Die Initiative bestand aus vier Gruppen, drei linken Gruppen und einer anarchosyndikalistischen Gruppe (in Griechenland gelten die Anarchisten nicht als links!). Beteiligt sind außer den Anarchisten das Netzwerk für politische und soziale Rechte, die Gruppe "linke Erneuerung" und die frühere Syriza-Jugend. Ihr Motto war: *"Wir dürfen nicht nur reden, wir müssen auch praktische Solidarität leisten."*

Die Flüchtlinge auf dem Viktoriaplatz in Athen und einem Lager an der Südspitze von Attika wurden unterstützt. Dann schaute sich die Initiative nach Räumen für die Flüchtlinge um. Das leer stehende Hotel "City Plaza" wurde gefunden und am 22.4.2016 besetzt. Der Pächter hatte das Hotel an die Wand gefahren, blieb den Angestellten die Löhne schuldig, zahlte die Pacht an die Eigentümerin nicht und machte sich aus dem Staub. Die Eigentümerin konnte danach das Hotel weder verpachten noch verkaufen, weil es einen Rechtsstreit mit den früheren Beschäftigten gab. Der Rechtsstreit konnte nicht gelöst werden, weil die Eigentümerin die Löhne nicht zahlen wollte.

Das Haus hat 120 Zimmer, es reicht für 400 Flüchtlinge, die Leute aus der Solidaritätsbewegung wohnen hier auch. Im Augenblick gibt es 330 Flüchtlinge und 30 Menschen aus der Solidarität aus verschiedenen europäischen Ländern. Es sollte ein politisches Projekt werden, ein Projekt der solidarischen Kollektivität: Wir leben zusammen, wir arbeiten zusammen, wir kämpfen zusammen. Zwei Wochen nach der Besetzung war das Haus voll. Es wurden besonders Schutzbedürftige aufgenommen wie Familien mit kleinen Kindern, Familien mit schwangeren Frauen, alleinstehende Frauen mit Kindern und unbegleitete Jugendliche. Mit der Zeit orientierte sich die Zusammensetzung der Flüchtlinge sich mehr an dem Querschnitt der Flüchtlingspopulation. Von den ersten Flüchtlingen sind noch etwa 30 Prozent da, circa 1500 Leute wanderten weiter, viele kamen über die Familienzusammenführung weiter, einige wenige Syrer über das Relocationprogramm des UNHCR. Die meisten hatten Fluchthelfer. Manche verließen das Haus und kehrten nach einiger Zeit zurück. So gab es zwei Jugendliche, die vier Monate erfolglos unterwegs gewesen waren.

Es gibt eine sehr lange Warteliste mit 1500 Familien. Alle freien Zimmer werden immer wieder besetzt. Wie die Leute auf die Zimmer verteilt werden, bestimmt die Initiative. Es hat sich bewährt, dass verschiedene Nationalitäten und Ethnien auf einem Stockwerk bunt durcheinander gemischt werden. Am Anfang gab es fünf Nationalitäten, jetzt sind es 14. Bei der Belegung der Zimmer können die Flüchtlinge nicht mitentscheiden, weil es ihnen selbst schaden würde. In anderen besetzten Häusern (Squats) gab es deshalb Streit oder die Flüchtlinge wurden von Freunden und Familienangehörigen unter Druck gesetzt, die auch ins Hotel wollten.



Das Squat in Exarchia nach dem Brandanschlag

Als City Plaza eröffnet wurde, waren die Flüchtlingslager in Griechenland in einem ganz katastrophalen Zustand. Inzwischen sind die Lager um Athen sehr viel besser durch den Einsatz von EU-Geldern. Überall gibt es Container mit einer gewissen Privatsphäre, nur wenige Zelte. Am Anfang waren in einem Zelt teilweise 100 Leute. Das Essen wurde überprüft und verbessert. Es bildet sich eine Art Lagerstruktur heraus ähnlich wie in den palästinensischen Lagern im Libanon und in Jordanien. Da entstehen Nachbarschaften, man passt gegenseitig auf die Kinder auf, macht Besorgungen für die Nachbarn. Im Lager gibt es 80 Euro Taschengeld im Monat, im City Plaza gibt es das nicht. So ging der Andrang auf City Plaza zurück.

Insgesamt gibt es zehn Squats in Athen, in denen 1.500 bis 2.000 Leute leben. Zwei davon wurden im Frühjahr geräumt. Die Squats arbeiten zusammen. 2016 gab es einen Angriff auf das Squat in Exarchia, Erdgeschoss und erster Stock brannten total aus. zehn Familien wurden in City Plaza vorübergehend aufgenommen, es gab Geld von City Plaza für die Wiederherstellung der Räume.

Bei City Plaza gibt es drei Grundregeln:
Die erste Regel lautet: Jeder Erwachsene muss mindestens fünf Stunden in der Woche arbeiten, das heißt in der Küche, beim Saubermachen der Gemeinschaftsräume, Müll raustragen, Gemüse einkaufen, zum Großmarkt gehen. Manche Flüchtlinge werden jedes Mal „krank“, wenn sie in der Küche eingesetzt werden. Dann gibt es Gespräche: " Ihr müsst euch an die Regeln halten oder gehen." Die meisten akzeptieren das.
Die zweite Regel lautet: Kein Alkohol, keine Drogen im Haus. Die Leute halten sich daran.
Die dritte Regel heißt: Keine Gewalt. Das gilt vor allem für häusliche Gewalt. Es waren Eingriffe nötig, weil Männer ihre Frauen und Kinder geschlagen hatten. Es gibt eine Verwarnung, bei wiederholter Gewalt fliegen die Männer raus, die Familien dürfen bleiben. Achim meint, die Regeln müssen durchgesetzt werden, sonst gibt es chaotische Verhältnisse.

Die Flüchtlinge sind durch die Vollversammlung an allen wichtigen Fragen beteiligt, am Anfang gab es sie wöchentlich, jetzt alle drei Wochen.

Die anarchistische Gruppe zog sich nach drei Monaten aus. Für sie gab es zu wenig Druck auf die Flüchtlinge, an Veranstaltungen und Demos teilzunehmen. Die anderen Gruppen respektieren, dass in den arabischen Ländern das Prinzip der kollektiven Solidarität nicht so bekannt ist wie bei uns. Jede Familie lebt mehr für sich. Die City-Plaza-Aktiven sagen: " Wir versuchen, den Leuten ein Beispiel zu sein." Statt Druck gibt es Überzeugungsarbeit.

So bringen sich einige Flüchtlinge aktiv mit ein, die meisten aber nicht. Leider sind die, die sich einbringen, auch die fittesten und können leichter weggehen. Das ist jedes Mal ein Verlust. Die meisten Flüchtlinge sind an dem politischen Projekt nicht wirklich interessiert. Für sie ist City Plaza ein angenehmer Ort, an dem sie alles geboten kriegen: zwei warme Mahlzeiten, Gesundheitsversorgung, eine Apotheke und Ärzte von "Ärzte ohne Grenzen". Alle Flüchtlinge haben das Recht auf Erstversorgung im Krankenhaus. Es gibt feste Vereinbarungen mit zwei Krankenhäusern und den Schulen in der Umgebung. Die Kinder gehen nicht alle zur Schule, weil die Eltern sagen, wir wandern eh weiter.

Security-Schichten sind 24 Stunden lang nötig, denn 300 Meter weiter hat die Chrisi Avghi (Goldene Morgenröte) eine ihrer Hochburgen. Daran sind die Flüchtlinge nicht beteiligt.

Zur rechtlichen Situation: Die Eigentümerin hatte von Anfang an Strafanzeige gegen die Initiative gestellt. Die Anzeige ging an den Minister für öffentliche Ordnung und den Polizeipräsidenten. Nichts passierte. Danach reichte sie Zivilklage ein mit dem Ergebnis, dass im Juni ein Polizeiminister erschien. Dieser sagte, bis zum Herbst sollten alle Squats in privaten Räumen geräumt werden. Die Räumung fand aber bis jetzt nicht statt. Achim meint, das liege daran, dass die Unterbringung von 2000 Flüchtlingen mit Ärger und Aufwand verbunden sei, zudem bezahle die EU nicht alles. Die Schließung von Squats wird seiner Meinung nach nach tagespolitischen Gesichtspunkten entschieden.

Inzwischen gibt es eine neue Situation: Die NGOs sind von den Inseln vertrieben und die Lager sind dem griechischen Militär unterstellt worden. Letzte Woche entschied das höchste griechische Gericht, dass die Türkei ein sicheres Drittland sei. Somit können alle Flüchtlinge von den Inseln zurückgeschoben werden. Einigen gibt die griechische Regierung die Möglichkeit von den Inseln wegzukommen, manche sitzen vier Monate fest. Nach welchen Kriterien das geht, ist nicht klar.

City Plaza wird durch Spenden finanziert, nimmt keine Gelder vom Staat oder von NGOs an. Am Anfang gab es eine sehr große Spendenbereitschaft, die nach zwei bis 3 Monaten nachließ. Die meisten Gelder kommen aus Deutschland. Medico International stellte ein Konto zur Verfügung. Die monatlichen Kosten belaufen sich auf sechs- bis achttausend, im Winter zehntausend Euro. Das durch die Spenden eingenommene Geld ist bald verbraucht. Es gibt einen Song von Manu Chau auf Youtube zu hören, jeder Click bringt etwas Geld ein.

Dadurch dass die Strukturen in den Lagern deutlich verbessert wurden, ist City Plaza als Unterbringung nicht mehr so wichtig, aber das politische Projekt ist nach wie vor bedeutsam. Leider sind viele nach eineinhalb Jahren ausgebrannt und würden gern abgelöst.

Offensichtlich hat die Eigentümerin es geschafft auch bei einigen Linken Stimmung gegen City Plaza zu machen, wie wir in Gesprächen hörten. Sie verbreitete, sie hätte eine Wasserrechnung von 80.000 Euro bekommen und sei total verarmt. Achim sagt, das stimme nicht, denn mit ihrer Strafanzeige sei sie raus aus der Haftung. City Plaza bezahlt weder Wasser noch Strom, weil die Rechnungen auf der Grundlage eines privaten Hauses erstellt wurden und ein dementsprechendes Angebot eingefordert wurde, aber nicht kam. City Plaza hat ein dreiseitiges Papier verfasst, in dem die Lügen der Besitzerin widerlegt wurden, seitdem gibt es Ruhe.

Wir hörten auch von dem Verdacht, City Plaza werde von Syriza unterstützt. Laut Achim stimmt auch das nicht, denn Achims Gruppe ist nach dem Umfallen Syrizas in die totale Opposition zur Regierung gegangen.
Wir übergaben eine Spende von 500 Euro.

Angela



Blick aus den Räumen der Gewerkschaften auf das Hafengelände von Piräus

Im Hafen von Piräus

Montagnachmittag, 25. September 2017

Wie auch im letzten Jahr treffen wir uns mit Anastasia Frantzeskaki (Gewerkschaft der Angestellten und Techniker*innen) und Giorgos Gogos (Gewerkschaft der Hafenarbeiter), um zu erfahren, wie sich die Situation im Hafen nach der Übernahme durch Cosco weiterentwickelt hat.

Anastasia berichtet, dass (die chinesische Staatsreederei) Cosco 51% der Anteile am Hafen hält und das für die 35 Jahre der Überlassung; in den nächsten Jahren soll Cosco noch weitere 16% erhalten. Das sei eine sehr unübliche Situation, da überhaupt nicht klar ist, was nach Ablauf der 35 jährigen Überlassungsdauer mit den Anteilen geschehen wird. In den Verträgen scheint hierzu nichts geregelt worden zu sein. Der Vertrag zwischen dem griechischen Staat und der Betreibergesellschaft endet 2060, läuft also länger als die erwähnten 35 Jahre. Unklar ist hierbei auch, ob der Vertrag nach griechischem oder britischem Recht geschlossen wurde; die Memoranden wurden alle nach dem angelsächsischen Recht geschlossen. Die Gewerkschaften hatten gefordert, vertraglich festzuhalten, dass Cosco keine Anteile verkaufen darf, ebenso sollte festgeschrieben werden, wie und bis zu welcher Höhe die Anteile erhöht werden können.

Alle staatlichen Befugnisse sind per Vertrag an Cosco übertragen worden, selbst Notfälle gehören in den Zuständigkeitsbereich mit dazu, wobei es eine Regelung gibt, dass der griechische Staat für die Dauer von 15 Tagen das Recht hat, im Hafen tätig zu sein. Nach Ablauf dieses Zeitrahmens muss die griechische Regierung entweder Entgelte an Cosco entrichten oder sich vom Hafengelände entfernen. Unklar ist allerdings, wer tatsächlich der Anteilseigner ist. Cosco hat die Verträge gezeichnet, Betreiber im Hafen ist jedoch eine andere Gesellschaft. Hier stellt sich die Frage, wie diese Situation juristisch zu bewerten ist, welche rechtlichen Auswirkungen sie ggf. haben kann. Cosco schreibt seit zwei Jahren rote Zahlen, China Shipping ist ebenfalls geschwächt. Eigner beider Konzerne ist der chinesische Staat.

Die griechischen Kriegsschiffe dürfen den Hafen kostenlos anlaufen; Schiffe der Nato sind zu Zahlungen verpflichtet und chinesische Kriegsschiffe haben jederzeit das Recht kostenfrei den Hafen anzulaufen. Der Hafen hat nicht nur eine wirtschaftliche Funktion, sondern vor allem in Griechenland auch eine soziale. Alle Fährverbindungen auf die griechischen Inseln gehen vom Hafen Piräus ab.

Nach offizieller Darstellung der griechischen Regierung soll die Zusammenarbeit zwischen Griechenland und China zu Wachstum führen, eine Zukunftsperspektive aufzeigen. Neoliberales Geschwafel, was allerorts als Erklärung herhalten soll.

Mittelfristig sei geplant, wieder Instandhaltung von Schiffen und ggf. auch Schiffsneubau in den Hafen zu holen. Dabei sei erwähnt, dass es bis vor 15 Jahren gut funktionierende Werften im Hafen gegeben hat. Für viele Arbeiter*innen besteht nun trotzdem die große Hoffnung, direkte oder zumindest Anstellungen für Subunternehmen im Hafen zu finden. Gebaut werden soll ein neues Trockendock für 28 Mio. Euro, das Kapital hierfür wird aus dem Vermögen des Hafens herausgezogen, es findet also keine zusätzliche Investition statt.

Cosco selbst hatte Interesse am Schiffbau bekundet. In Hafennähe gibt es zwei private Docks (eines gehört Thyssen Krupp); hier scheint es Überlegungen zu geben, dass Cosco bei Thyssen Krupp mit in das Geschäft einsteigen wird. Wie sich dabei auch die Fusion von Thyssen Krupp und Tata Steel auf das Geschäft auswirken wird, ist völlig unklar.

Erste Planungen sollen den Bau von 28 kleineren Fähren umfassen. Gerüchte besagen auch, dass der Hafen darüber hinaus für neue Produktionsstätten genutzt werden soll, beispielsweise wurde die Produktion von Hewlett Packard erwähnt. Es ist aber ein Gerücht, weil gleichzeitig über Produktionen im billigeren osteuropäischen Raum gesprochen wird. Vieles ist unklar, es gibt Gerüchte, aber nichts Verlässliches.

Piräus ist als Brückenkopf für Europa zu betrachten. Der Hafen spielt daher im Rahmen der Planungen für eine neue chinesische Seidenstraße eine wichtige Rolle, um neue Zugänge innerhalb Europas zu ermöglichen. Das Projekt „Neue Seidenstraße“ umfasst verschiedene Wege, so soll bspw. eine Bahnlinie von Duisburg nach Nordchina führen. Erste Überlegungen zum Projekt gab es zwischen China und Griechenland bereits im Jahr 2006, während der Krise wurden sie ausgesetzt.

Nun scheint aber auf europäischer Ebene wieder viel Bewegung in die Überlegungen zu gelangen. Auslöser wird eine Reise von Bundeskanzlerin Merkel nach China in 2015 gewesen sein. Auf dieser Reise scheint besprochen worden zu sein, welche europäischen Häfen für eine chinesische Beteiligung geöffnet werden sollen. Neben Piräus sind auch die deutschen Häfen Hamburg, Bremerhaven und Wilhelmshaven im Gespräch. Dazu passt, dass Cosco und die chinesische Firma Alibaba im Sommer dieses Jahres einen Ideenwettbewerb für eine Fläche im Hamburger Hafen gewonnen haben, was in der Hamburger Hafenwirtschaft zu erheblicher Unruhe geführt hat. Es steht zu vermuten, dass auf sehr hoher politischer Ebene Beschlüsse getroffen wurden, die nicht kommuniziert sind.

Zurück zur Situation in Piräus: Cosco hatte bislang nur Erfahrungen mit Containerverkehren, keinerlei Kenntnisse aus der Personenschifffahrt. Das zeigt sich jetzt regelmäßig vor Ort. Ein Wissenstransfer ist nicht in die Vertragsverhandlungen eingeflossen, so dass es erhebliche Probleme bei der Abwicklung der administrativen Tätigkeiten gibt. Cosco lässt sich sehr viel Zeit, um das Geschäft zu erlernen.

Die Gewerkschaften selbst haben keine klaren Vorstellungen darüber, wie sie sich den neuen Eignern gegenüber positionieren sollen. Unterschiedliche Vorstellungen herrschen zwischen der Gewerkschaft der Hafenarbeiter, die sich in den letzten 30 Jahren der PASOK zugehörig gefühlt hat, und der Gewerkschaft der Techniker*innen und Administration. Den zur Administration Zugehörigen fehlt es an der Grundeinstellung, kollektive Regelungen zu treffen. Sie vertreten eher die Auffassung, persönliche Karrieren und Entwicklungen zu fördern und sie nicht an einer Klassenzugehörigkeit festzumachen. Techniker*innen und Ingenieur*innen stehen in ihrer Auffassung irgendwo zwischen diesen Positionen und die

Hafenarbeiter*innen vertreten das Prinzip der kollektiven Regelungen, haben aber das Problem, dass sie sich 30 Jahre lang an die Vereinbarungen mit der PASOK angelehnt haben und nun lernen müssen, sich davon unabhängig zu positionieren.

Die chinesischen Besitzer haben wenigen, ausgewählten Beschäftigten Aufgaben übertragen und ihnen gesagt, sie sollen diese so erledigen, wie sie es für richtig halten. Hauptsächlich sollen sie aber dafür sorgen, dass Kosten reduziert werden. Alle übernommenen Beschäftigten haben auch ein Jahr später noch immer keinen neuen Tarifvertrag, der alte gilt erst mal noch weiter. Bei den Verhandlungen sind nun auch Cosco-Vertreter anwesend, daher sind die Verhandlungen sehr zäh, da die chinesischen Vertreter kein griechisch sprechen. Es gibt daher kaum Ansprechpartner und nur sehr begrenzte Befugnisse. Ein Teil der Entscheidungen wird über die chinesische Botschaft nach China übermittelt, wo dann erste Entscheidungen getroffen werden.

Cosco kann jedoch jetzt jederzeit eigenes Personal einstellen bzw. über Leiharbeit beschäftigen, was vielfach auch getan wird. Die Leiharbeitskräfte haben prekäre Arbeitsbedingungen, d.h. sie erhalten keine Vollbeschäftigungsverhältnisse, sondern eher eine Beschäftigung und Bezahlung nach Bedarf. In der Regel werden Verträge mit einer Wochenarbeitszeit von 10 bis 15 Stunden geschlossen. Schichtpläne existieren nicht, sondern es wird je nach Aufkommen gearbeitet. Das kann auch bedeuten, dass ohne Vorankündigung Mehrarbeit angeordnet wird. Es gibt weder Arbeitsplatz- noch Tätigkeitsbeschreibungen, es fehlt eine Definition der Arbeitnehmerrechte, weshalb Willkür wie bei Pausenregelungen, selbst zur Toilettennutzung üblich ist. Die Leiharbeitsfirmen sind in der Regel kleine private Unternehmen, die nicht mehr als 50 oder 60 Personen beschäftigen und denen an Profit, nicht an verlässlichen Bedingungen gelegen ist.

Deutlich wird darauf hingewiesen, dass die Privatisierung nicht nach üblichen Regelungen, sondern zu Bedingungen durch die Memoranden erfolgt ist. Die Frage, ob es neben den Chinesen nicht auch europäische Interessenten gegeben hat, wird staatlicherseits nicht beantwortet. Daher scheint auf höchster internationaler politischer Ebene eine zentralistische Bestimmung der Warenströme vorgenommen worden zu sein, die auf keinen Fall dazu führen soll, dass Gewerkschaften Einfluss auf die Arbeitnehmerrechte nehmen können.

Anastasia und Giorgos betonen, dass sie und ihre Kolleg*innen ihre Arbeit fortführen wollen; sie empfinden es als eine Verpflichtung den Beschäftigten und sich selbst gegenüber weiterhin für bessere Arbeitsbedingungen einzutreten.

Auf die Frage, ob es eine enge Zusammenarbeit der Gewerkschaften, auch der der Leiharbeitnehmer*innen, gibt, wird uns berichtet, dass eine gemeinsame Arbeit beim ersten Streik stattgefunden hat. Die Beziehungen seien aber nicht gut, was u.a. damit begründet wird, dass die PAME [Gewerkschaft der KP] die Mehrheit bei den Hafenarbeitern im Leihgewerbe hält. Darüber hinaus ist auch die Goldene Morgenröte stark bei den Leiharbeitnehmer*innen vertreten. Es scheint eine Art von Zusammenarbeit zwischen der PAME und der Goldenen Morgenröte zu geben, die zum Inhalt zu haben scheint, dass PAME-Mitglieder Jobs in den Leiharbeitsfirmen erhalten haben.

Doris





Beim Sammeln von Lebensmittelspenden und der Einrichtung der Suppenküche

Besuch im sozialen Zentrum Perama

Montagabend, 25. September 2017

Da die Gruppe groß genug ist, teilen wir uns gleich nach dem Treffen im Hafen Piräus auf. Der kleinere Teil der Gruppe fährt nach Perama und trifft auf freudig überraschte Mitglieder des Zentrums. Erst eine Stunde vor unserem Besuch hatten sie erfahren, dass wir auf dem Weg zu ihnen seien. Das Wiedersehen ist auf beiden Seiten sehr fröhlich und innig, wir freuen uns alle, uns nach einem Jahr wieder zu sehen.

Heute ist, wie jeden Montagabend, die Vollversammlung des Zentrums. Einige Mitglieder fehlen, weil sie entweder Kurse in der Abendschule besuchen können oder kleinere Jobs gefunden haben (Betreuung älterer Menschen oder Tätigkeit in einem Imbiss). Auch wenn keine Vorbereitung möglich war, begrüßt Babis uns im Namen des Zentrums und bringt zum Ausdruck, wie glücklich alle seien, uns wiederzusehen, Menschen zu sehen, die sie lieben. Sie bedanken sich dafür, dass wir sie immer auf unseren Reisen besuchen, und betonen, dass der Ort immer für uns offensteht.

Babis berichtet über die aktuelle Situation in Griechenland, die er als tragisch bezeichnet. Viele Menschen, die anfänglich noch ihre Hoffnung in die Syriza-Regierung gesetzt hätten, haben sich zurückgezogen, sie nehmen nicht mehr am öffentlichen Leben teil. Er spricht von einer Gesellschaft, die wie gelähmt ist. Wut, Zorn und Enttäuschung existieren, werden aber allein zu Hause ausgelebt. Es ist eine schwierige Zeit für das Zentrum; aber einer der Gründe, weshalb sich die Mit-glieder immer noch regelmäßig treffen, sind die starken und solidarischen Beziehungen, die sich in den letzten sieben Jahren entwickelt haben. Stolz sind die Mitglieder darauf, dass seit nunmehr einem Jahr eine Suppenküche existiert. Jeden Sonnabend wird gemeinsam im Zentrum gekocht, für jede/n, die/der Hilfe benötigt. Viele Familien mit Kindern nehmen das Angebot wahr, und sie versuchen zumindest einmal in der Woche eine sehr gute Mahlzeit anzubieten.

Bei den Vorbereitungen, beim Kochen, Ausgeben des Essens und dem Aufräumen sollen alle mitarbeiten, dabei ist ein Rotationsprinzip vorgesehen, damit jede/r jede Arbeit verrichtet. Das Essen soll nicht als Mildtätigkeit angesehen werden, sondern als politischer, solidarischer Akt. Das Essen ist zwar wichtig, genauso wichtig ist es jedoch auch, Gespräche miteinander zu führen, zusammen zu essen und zu lachen, sich auszutauschen. Auch wir werden zum Essen eingeladen, das immer sonnabends zwischen 13.30 und 15.30 Uhr stattfindet.

Vanissis ist der Koch im Zentrum, er zeigt uns freudig die kleine, bescheidene Suppenküche. Gefragt, woher die Lebensmittel stammen, die er zum Kochen verwendet, erklärt er uns, dass Mitglieder des Zentrums jeden Donnerstag zum Wochenmarkt gehen, um dort

Gemüse und Obst einzusammeln. Andere Lebensmittel werden weiterhin vor den Supermärkten gesammelt. In zwei Vier-Stunden- Schichten gehen 1x pro Monat jeweils acht Personen vor die Supermärkte, verteilen dort Flyer und bekommen von denen, die dazu in Lage sind, Lebensmittel.

Gekocht werden jeden Sonnabend 60 Portionen; wenn mehr Personen erscheinen, wird noch ein einfaches Essen nachgekocht. Grundsätzlich besteht das Essen immer aus einem Hauptgericht mit Salat und Obst; die Versammlung beschließt jeweils montags, was gekocht werden soll. Gegessen wird gemeinsam; wie auch Babis zuvor, betont Vanissis, dass niemand das Essen mit nach Hause nehmen darf, sondern dass es darum geht Teil der Gemeinschaft zu sein. Betont wird, dass jede/r, die/der das Zentrum aufsucht, wie ein Familienmitglied angesehen wird. Bislang gibt es nur einen Herd und Töpfe, der Erwerb eines Backofens ist das nächste Ziel des Zentrums.

Babis berichtet von weiteren Aktivitäten des Zentrums. Noch immer gehen sie jeden Mittwoch zu den Gerichtsverhandlungen, wenn es um Zwangsversteigerungen geht. Jeden Dienstag werden im Zentrum Nähkurse angeboten. Im April haben sie eine Veranstaltung mit Kindern von Geflüchteten aus dem City Plaza Hotel organisiert. Die Kinder haben von den Erlebnissen ihrer Flucht berichtet und es gab ein kleines Fest, auf dem Kinder aus dem City Plaza Hotel mit Kindern aus Perama gespielt und viel Freude gehabt haben. Solidarität zu leben ist allen Mitgliedern des Zentrums sehr wichtig.

Die finanzielle Situation ist nach wie vor sehr schwierig, ohne Unterstützung hätte sich die Versammlung wohl schon aufgelöst, umso glücklicher sind sie über die solidarische Hilfe.



Babis mit Werbeplakat für die Suppenküche

Während der Gespräche haben einige Gruppenmitglieder ein Essen für uns gezaubert, dazu gibt es Wein. Plötzlich flackert das Licht, es geht aus und Rolf wird strahlend eine Geburtstagstorte mit einer Kerze überreicht. Dabei wird an das Versprechen, jedes Jahr im September hier in Perama noch einmal seinen Geburtstag zu feiern, erinnert.

Rolf reflektiert die Stimmung vor fünf Jahren, die Hoffnung, die in Syriza gesetzt wurde, und er erinnert an die Paranoia, die 2015 dem „Oxi“ folgte, als Syriza beschloss, das Ergebnis zu ignorieren. Aber Schuld an der Situation trügen auch die deutschen Gewerkschaften, die nicht genügend Unterstützung geleistet hätten. Auch wir, die Kritischen in der BRD, hätten Fehler gemacht. Sämtliche deutsche Gewerkschaften hätten eine Woche nach Syrizas Wahlerfolg von einer Chance für Europa gesprochen; wir hätten aber dafür sorgen müssen, dass eine Mobilisierung erfolgt. Statt Aktivität herrsche Passivität. Die Paranoia greife weiter um sich. Das Ergebnis der gestrigen Bundestagswahl sei ein Beweis dafür. Wir erlebten ein Zusammenbrechen der griechischen sozialdemokratischen Parteien, in Frankreich und der BRD gebe es bislang zwar nur Stimmenverluste, aber die Tendenz gehe in die gleiche Richtung. Die Arbeitenden würden von den Gewerkschaften nur noch begrenzt erreicht, es fehle an einer Bewegung, an solidarischen Strukturen.

Wir bleiben lange, lachen miteinander. Einer der Anwesenden betont, dass die Mitglieder des Zentrums zwar arm seien, dass ihre Türen aber jederzeit für uns offen stünden. Die Gemeinschaft trägt weiter jede/n Einzelne/n, auch wenn der Kampf nach der langen Zeit manchmal müde macht. Davon, von den Schwierigkeiten, die die Austeritätspolitik für alle bereitet, ist heute nichts zu sehen. Die Freude des Wiedersehens ist zu groß.

Es lebe die Solidarität!

Wir übergeben 500 Euro als Spende für den Erwerb eines Backofens.

Doris



Die solidarische Arztpraxis in Nea Filadelfia

Die offene Versammlung Nea Filadelfia:

Terror im Stadtteil

Montagabend, 25. September 2017

Der zweite Teil der Reisegruppe traf sich am Abend im nördlichen Stadtteil Nea Filadelfia mit der dortigen Stadtteilversammlung. Auf dem Weg von der U-Bahn zum Treffpunkt fielen uns die vielen schicken Geschäfte und Restaurants auf. Ganz anders wie in dem Viertel im Zentrum um den Omonia-Platz, wo nach wie vor die dicht gemachten Läden das Bild dominieren.

Die offene Versammlung „Nea Filadelfia“ entstand in der Folge der Besetzung des Syntagma-Platzes im Sommer 2011. Sie bietet Arbeitsrechtsberatungen an und ist auch in anderen sozialen Fragen ansprechbar. Einen Schwerpunkt bilden Aktionen gegen die Zwangsversteigerung von selbstgenutztem Wohnraum. Wichtig ist ihr auch die Weiterführung der solidarischen Arztpraxis, in deren Räumen wir uns an diesem Abend getroffen haben.

Veranstaltungen zu Folgen der Memoranden, zur Geschichte, zum neuen Stadion von AEK Athen gehören ebenso zum Programm des Zentrums wie Aktionen gegen Faschismus und Rassismus. Im Stadtteil gibt es derzeit heftige Auseinandersetzungen um den Neubau des Stadions des populären Fußballclubs AEK. Deswegen hat es bereits Angriffe von faschistischen Fußballfans gegen das Zentrum gegeben.

Der Stadtteil ist traditionell migrantisch geprägt, d.h. hier lebten viele, die nach dem griechisch-türkischen Krieg 1923 aus Kleinasien vertrieben wurden. Es gibt und gab viele Linke hier. Die offene Versammlung arbeitet mit den verschiedenen linken Strukturen in Athen zusammen. Der gemeinsame Kampf gegen den Faschismus hat eine hohe Priorität. Es hat mehrere Angriffe auf Pakistani gegeben. Die angreifenden Schlägertrupps setzten sich aus Griechen, Albanern und Ukrainern zusammen. Dies zeigt, dass der Faschismus ein Phänomen in vielen Ländern ist. Die Wahlen in vielen Ländern deuten darauf hin, dass Europa nach rechts driftet.

Die offene Versammlung ist auch europaweit gut vernetzt. Eine gute Verbindung gibt es nach Frankreich über die Gruppe „Solidarité pour la Santé France-Grèce“ Auch nach Spanien gibt es gute Kontakte. Angestoßen wurden diese Kontakte durch ein Treffen in Brüssel, zu der die „Europäische Linke (GUENGL)“ im Europaparlament eingeladen hatte. Danach



Diskussion mit der offenen Versammlung in Nea Filadelfia

haben Treffen in Spanien, Italien und Griechenland stattgefunden. Erst vor kurzem war eine Gruppe aus Italien zu Gast.

In den letzten Jahrzehnten gab es starke Strukturveränderungen im Stadtteil. Die traditionelle Textilindustrie ist verdrängt worden. Jetzt dominieren Dienstleistungen. Junge Leute arbeiten heute überwiegend in Bars und Restaurants. Viele halten sich auch mit Schwarzarbeit über Wasser. Die traditionelle linke Dominanz im Stadtteil löst sich langsam auf. Besucher kommen von außerhalb in die Kneipen. Die Fußballzuschauer von AEK sind auch ein Wirtschaftsfaktor. Es gibt keine städtebauliche Planung. Der Neubau des Stadions markiert einen weiteren Einschnitt. Zusammen mit dem Stadion soll eine 'Shopping Mall' gebaut werden. Dafür soll ein Teil eines für die Erholungsqualität wichtigen Parks geopfert werden. Dieses Investoren-Interesse wird auch von der Regionalverwaltung unterstützt. Hauptinvestor ist der Präsident des Fußballvereins AEK, der auch schon wegen Schwarzhandel, illegalen Müllgeschäften und Schutzgelderpressung verurteilt worden war. Eigentlich ein Mafioso.

Die Fankultur hat sich unter seinem Einfluss stark verändert. Wegen Angriffen von Fußball-Hooligans von AEK musste die offene Versammlung die ursprünglich von ihr besetzten Räume aufgeben. Diese wurden von den Hooligans besetzt. Seither befindet sich die Versammlung fast auf der Flucht. Sie hat keinen festen Treffpunkt mehr, sondern muss sich immer neu verabreden. Heute Abend sind sie deshalb in den Räumen der Solidarischen Arztpraxis untergekommen.

Auch die Kirche hat ökonomische Interessen an der Verwertung von Grundstücken. Die Menschen, die Widerstand leisten wollen, werden eingeschüchtert. Die neuen Shoppingmalls zerstören die traditionellen Einkaufsgebiete mit kleinen Geschäften und Kneipen. Sie zerstören die soziale Struktur in den Stadtteilen. Selbst die antike Akademie Platons soll einem Mallprojekt weichen. Ein Mitglied unserer Gruppe weist darauf hin, dass eine ähnliche Entwicklung in Istanbul 2013 zu den Gezi-Park Protesten geführt hat.

Bei den Übergriffen der Faschisten schaut die Polizei oft tatenlos zu. Bei einem Angriff auf eine ANTARSIA-Veranstaltung (eine linke Partei) im Juni hinderte sie Unterstützer daran den Angegriffenen zu Hilfe zu kommen. Jeder Versuch, im Stadtteil eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen, wird von den Hooligans angegriffen. Der Terror führt zu einer Einschüchterung der ganzen Bevölkerung. Ein Fanclub von AEK, der sich „Ghettoclub“ nennt, besetzt den öffentlichen Raum mit faschistischen Symbolen. Eine von diesem Club aufgerufene Versammlung wurde offiziell verboten. Trotzdem sind deren Mitglieder dort mit Waffen aufgetreten. Sie kamen mit Äxten und Hämmern. Unter dem Logo des Clubs steht in deutscher Schrift die Losung: „AEK über Alles“. Unter den AEK-Fans gibt es auch eine St.-Pauli-Fangruppe, die sich an den Angriffen beteiligt. Der Stadtteil wird buchstäblich terrorisiert.

Eine Ärztin berichtete uns noch über die Arbeit der solidarischen Praxis. Hier haben sich ganz unterschiedliche Menschen zusammen gefunden, die durch gemeinsame Kämpfe zusammen gewachsen sind. Die Praxis entstand aus der Notsituation, die durch den Zusammenbruch des Gesundheitswesens entstanden war. Zuerst wurden hauptsächlich Medikamente verteilt. Als die Syriza-Regierung 2015 verfügte, dass jeder Zugang zum Gesundheitswesen haben solle, egal, ob versichert oder nicht, standen sie vor der Frage: Zumachen oder nicht? Aber die Gesundheitsversorgung wurde in der Folge auf Druck der EU noch weiter abgebaut. Die solidarische Praxis führen sie deshalb weiter.

Ihr Ziel ist es auch, die Bewohner zu mobilisieren, um am Widerstand teilzunehmen. In der Praxis geht es um Erstversorgung. Ihre Forderung ist, dass der Staat eine hinreichende Gesundheitsversorgung für die gesamte Bevölkerung gewährleistet.

Die medizinische Versorgung von Geflüchteten wurde vom griechischen Staat weitgehend den NGOs überlassen. Diese NGO Aktivitäten sind oft konzeptlos. So sieht die solidarische Arztpraxis ihre Aufgabe darin, die medizinische Erstversorgung der Flüchtlinge zu verbessern, z.B. auch für Impfungen zu sorgen.

Zum Schluss verabschieden wir eine gemeinsame Erklärung gegen die Angriffe der Faschisten. Es war deutlich zu spüren, wie ihnen dieses Problem auf den Nägeln brennt. Unser Besuch endete noch in einem ausgedehnten gemeinsamen Essen und Trinken in einem Restaurant in der Nähe. Viele Gemeinsamkeiten vor allem im Kampf gegen Gentrifizierung bei uns lassen erwarten, dass es nicht unser letzter Besuch in Nea Philadelfia war.

Wir übergaben eine Spende von 200 Euro.

Hans, Manfred

Treffen mit einem Mitglied des Regionalrates von Attika

Zahnloser Tiger

Dienstagvormittag, 26. September 2017

Wir trafen uns in den Räumen der Gewerkschaft der Kommunalbeschäftigten. Unseren Gesprächspartner hatten wir letztes Jahr beim Treffen bei Antarsya getroffen (siehe Reisebericht 2016). Er ist Mitglied des Regionalrates für Attika.

Griechenland ist verwaltungsmäßig aufgebaut zuerst in Kommunen und dann in 13 Regionen. Attika ist die größte Region mit ca. fünf Millionen Einwohnern. Für jede Region wird ein Regionalrat gewählt, der die Politik bestimmt. Der Regionalrat Attika hat 101 Sitze. Bei den letzten Wahlen 2014 (zeitgleich mit der Europawahl) kandidierten alle Parteien unter bestimmten Listen, Antarsya mit der Liste „Antikapitalistische Umwälzung in Attika“. Diese erhielt 2,5% der Stimmen, was für einen Abgeordneten im Regionalrat reichte. Der saß uns gegenüber. Später kam dann noch eine Abgeordnete dazu, die aus Syriza ausgetreten ist und die mit dem Antarsya-Abgeordneten zusammen arbeitet. Dazu kam noch eine junge Frau, eine Mitarbeiterin unseres Kontaktes, und ein Mitglied der Stadtteilversammlung von Nea Filadelfia, die wir gestern Abend getroffen hatten. Dominiert wird der Regionalrat von den großen Parteien, vor allem von Syriza.

Ein aktuelles Thema des Regionalrats ist die Ölpest, die seit ein paar Tagen das Meer und die Küste von Attika verschmutzt. Offiziell zuständig ist zwar die Regierung mit dem Meeresminister, aber Attika ist natürlich betroffen. Das Problem sei wesentlich größer, als es allgemein dargestellt werde. Es handle sich um einen kriminellen Akt. Der Unfallhergang ist auch noch nicht aufgeklärt. Man weiß nur, dass der Tanker innerhalb von fünf Minuten unterging. Die Behördenreaktion kam verspätet. In Griechenland gibt es keinerlei Regelungen bezüglich der Sicherheit der Schiffe, die die Reeder einsetzen. Der Unfall sei ein Ausdruck für die Zügellosigkeit, mit der das Kapital agieren kann auf Kosten von Mensch und Umwelt.

Als Regionalrat müssten sie das Ausmaß der Katastrophe bekannt machen, die sehr viele Menschen betreffe, und versuchen politisch Druck auszuüben. Der fragliche Reeder besitze drei Schiffe, jedes laufe als eigene Firma. Das havarierte Schiff war 45 Jahre alt, eine alte Rostlaube, die gar nicht mehr hätte fahren dürfen. Es hatte aber eine staatliche Genehmigung. Dies sei ein Beispiel für die Kungelei zwischen Reedern und Regierung, die auch unter Syriza weitergehe. Natürlich war das Schiff nicht versichert, d.h. die Kosten werde die Allgemeinheit tragen müssen. Es sei lediglich das Öl versichert gewesen. Ein Schelm, der

Schlechtes dabei denkt! (Einige Tage später erfahren wir von einer Journalistin noch weitere Einzelheiten zu dem Umweltverbrechen. Das Schiff wurde als sogenannter „Feeder“ eingesetzt, d.h., es belieferte vom Hafen aus größere Tanker auf hoher See. Unterwegs füllte es „Schwarzöl“ in ein anderes Schiff. Damit es nicht auffiel, wurde Meerwasser nachgepumpt, damit das Schiff nicht zu hoch aus dem Wasser kam. Bei dieser Aktion sank dann das Schiff. Der zuständige Minister der Syriza-Regierung hatte nach der Havarie erklärt, alles sei geregelt, und war ins Ausland geflogen.)

Wir fragten nach den Kompetenzen des Regionalrats. Der könne z.B. alle kommunalen Behörden besuchen und sie kontrollieren. Da aber die Vertreter der Regierungsparteien die Mehrheit hätten, würden diese Kompetenzen gar nicht genutzt. Deswegen trat z.B. die oben erwähnte, frühere Syriza-Abgeordnete aus der Fraktion aus.

Das Budget des Regionalrats beträgt 700 Mio €, also ziemlich viel Kohle. Das kommt aus drei Quellen: EU, Steuern, öffentliche Einnahmen.

Zu den Kompetenzen gehören auch die Raumplanung der Region (z.B. das Fußballstadion in Nea Filadelfia), Müllentsorgung, Regionalverwaltung, Studien zur Umweltverträglichkeit bei Neuansiedlung von Unternehmen etc. Auf dem Papier ist die Region eigentlich selbst verwaltet, praktisch ist der Regionalrat aber Ausführender von Beschlüssen von Regierung und Parlament. Für den Bau des neuen Fußballstadions wurden z.B. 20 Mio Zuschuss gewährt, dazu kommen noch weitere 15 Millionen Zuschuss für den Bau von Verkehrswegen. Das ist ein Beispiel. Das meiste Geld geht an große Baufirmen, ein bisschen was bleibt übrig für Schülertransport.

Wie sieht es denn aus mit dem Selbstverständnis von Antarsya als außerparlamentarischer Kraft und der Mitarbeit im Regionalrat?
Eigentlich seien sie gegen Verwaltung und rätedemokratisch. Sie würden aber an den Wahlen teilnehmen, weil sie dadurch die Möglichkeit hätten, ihre Positionen bekannt zu machen. Außerdem würden sie nicht konstruktiv mitarbeiten und Alternativvorschläge machen, sondern Missstände aufdecken und Informationen weiterverbreiten.

Die Ex-Syriza-Abgeordnete unterscheidet zwischen Kommunen und Regionen einerseits, wo eine Mitarbeit sinnvoll sei, und Parlament und Regierung andererseits, wo dies nicht so sei. Aber zu dieser Frage gäbe es unter Revolutionären eine breite Diskussion.

Die nächste Frage ging nach dem antifaschistischen Kampf und der Entwicklung der faschistischen Kräfte.
Eigentlich hätten die Faschos den Kampf auf der Straße verloren. Es gebe zwar noch einzelne Angriffe, aber die erfolgten nachts und heimlich. Früher war offener Terror. Viele sind vor Gericht gelandet, der antifaschistische Widerstand ist auch recht stark.

Und in Nea Filadelfia?
Dort seien sie in die Fanszene eingedrungen. Der Besitzer von AEK sympathisiere offen mit der Goldenen Morgenröte. Die Faschos hätten zwei strategische Ansatzpunkte identifiziert: Die Fußballfanszene und die Schulen. In die Fanszene sind sie eingedrungen, ihr Eindringen in die Schulen wurde gebremst und zurückgedrängt.

Frage: In Deutschland laufen Privatisierungen vornehmlich auf kommunaler und Landesebene. Ein Beispiel sind die Berliner Wasserwerke. Wie sieht es hier aus z.B. mit der Privatisierung der Athener Wasserwerke?
Die großen öffentlichen Unternehmen wie Wasser, Strom, Bahn sind/waren private Unternehmen öffentlichen Rechts mit einem mehrheitlichen staatlichen Aktienbesitz. Als Regio-



Das Treffen mit dem Regionalrat von Attika

nalrat kann man gegen Privatisierung kaum was machen, nur politisch dagegen agitieren. Allerdings ist dann die Umsetzung der Privatisierung Sache des Regionalrats bzw. der Verwaltung. Theoretisch hätte der Regionalrat die Möglichkeit die Privatisierung zu boykottieren, indem man z.B. keine Gelder dafür freigibt. Praktisch passiert aber nichts wegen der Mehrheitsverhältnisse.
In der letzten Zeit gab es werksintern Widerstand gegen die Privatisierung des Athener Wassers. Z.B. wurde eine Vorstandssitzung von Beschäftigten gestürmt. Es gibt auch Unterstützung von außen. Aber der Widerstand ist nicht vergleichbar mit dem in Saloniki.

Nachfrage zur Entwicklung in Nea Filadelfia: Wie konnte es dazu kommen, haben die Linken Fehler gemacht? Wie verhält sich Syriza?
Natürlich habe es auch Fehler der Linken gegeben, aber entscheidend war das Kräfteverhältnis. Die linken Kräfte dort sind nicht sehr stark und die Rechten mobilisieren auf ganz Attika und rücken dann zu mehreren Hundert an. Die staatlichen Stellen, auch Syriza, schauen zu. Als Syriza noch nicht in der Regierung war, waren sie gegen den Raumplan mit dem neuen Stadion und stimmten dagegen. Sie nahmen aber nicht an Demos und Protesten teil. Jetzt im Februar, als die Veranstaltung der Stadtteilversammlung in ihrem Gebäude von den Nazifans angegriffen wurde, schaute die Polizei nur zu. Bei einer darauf folgenden Gerichtsverhandlung wurden Mitglieder der Stadtverwaltung und der Bürgermeister, auch Syriza-Leute, beim Verlassen des Gerichts verprügelt.
Am Nationalfeiertag am 25.3. wollte die Kommunalverwaltung vor einem Denkmal Kränze niederlegen. Die Rechten mobilisierten und griffen an, die Polizei bildete nur einen Kreis um die Gedenkveranstaltung, so dass diese beschimpft und bespuckt werden konnte. Sie kam aber nicht auf die Idee die Rechten zu verjagen. Also die Polizei lässt die Nazifans gewähren, auch wenn es gegen Syriza-Leute geht.

Das Parlament setzte speziell für dieses Stadionprojekt strenge Umweltauflagen außer Kraft. Die Kommune wurde bei der Genehmigung ausgeschaltet, stattdessen genehmigte die Regierung (ähnlich wie bei Kirchenbauten übrigens).

Ein anderes Beispiel ist der Justizbereich. Hier hatten viele Wähler gehofft, Syriza werde aufräumen. Aber nix da.

Manfred



Ölsperren und schwarze Säcke am Strand

Aus dem ehemaligen Athener Flughafen Ellinikó wird ein luxuriöses Küstenresort:

Landraub in Griechenland

Dienstagnachmittag, 26. September 2017

Seit 2001 ist Athens internationaler Flughafen Ellinikó stillgelegt. Mehr als sechs Jahrzehnte lang war er der einzige Verkehrsflughafen der Region Attika, bis für Olympia 2004 in Athen ein neuer gebaut wurde. Seitdem liegt das 620 Hektar große Flughafengelände brach. Das Gelände und leer stehende Hallen wurden vorübergehend als Solidarische Klinik, Notunterkunft für Geflüchtete* oder als Filmkulisse genutzt. Bereits 2004 gab es Pläne zur Errichtung von Attikas größtem Park. Dann wurde unter Druck der Memoranden die Privatisierung gerichtlich beschlossen und der Flughafen für einen Spottpreis verkauft. Griechenlands erzwungenes Privatisierungsprogramm ist ein elementarer Bestandteil der Memoranden, wodurch der griechische Staat und die Bevölkerung skrupellos ausgeplündert werden.

Um über die Zukunft des Geländes mehr zu erfahren, treffen wir uns mit den Stadtplanern und Aktivisten Phaidon und Elleni Portaliou am großen Strand des nun privatisierten, ehemaligen Flughafens.

Ein eindringlicher, unangenehmer Gestank steigt uns in die Nase, als wir dem Meer näher kommen. Eine schwarze ölige Masse bedeckt das Wasser. Schwarze Säcke säumen den Strand und ein kleines Boot entfernt mit mechanischen Mitteln den Ölfilm, welcher durch Bojen abgefangen wird. Eine Woche nachdem das Tankschiff Agia Zoni II vor der Insel Psyttaleia im Saronischen Golf aus unerklärlichen Gründen gesunken ist und mindestens 300 Tonnen Öl und Diesel ins Meer geströmt sind, sind hier, wenige km entfernt, die katastrophalen Auswirkungen deutlich zu sehen.

Phaidon zeigt uns die nun von Öl bedeckte Küste und versucht uns einen Überblick über das riesige Gelände zu geben. Er zeigt uns, wo an der Küste luxuriöse Hochhäuser entstehen sollen. Noch steht hier ein Wald aus Palmen, welche im Sonnenuntergang golden schimmern. Er erzählt, dass der 40 Hektar große Wald vom Staat nicht als solcher anerkannt wurde und nun gänzlich dem Bauvorhaben weichen soll. Auch eine antike Ausgrabung in der Nähe wird durch den Bau eines hoteleigenen Hafens zerstört, was nach Gesetz eigentlich verboten ist. Neben einer Ausstellungshalle soll auch eine private Universität gebaut werden, ein Casino sowie Hotels und Luxuswohnanlagen sollen hier bald entstehen.

„Eine neue, private Stadt wird hier gebaut“, sagen uns die Aktivisten des Protests gegen die Bebauung des Geländes und fordern einen Park, der auch antike Bauten schützt oder ein-

bindet. „Am Ende bleibt nur 1/3 der Fläche wirklich grün und diese private Stadt wird auch schlechte ökologische und finanzielle Auswirkungen, besonders auf kleine und mittelständische Unternehmen, in Athen haben. Auch den Tourismus in Athen wird es treffen. All dies wird getan, obwohl es ein Verbot gibt die Küste weiter zu bebauen.“.

Da es in der Gegend keine großen Grünflächen gibt, war die ursprüngliche Idee die Errichtung des größten Parks der Region. Im Jahr 2004 gab es bereits Pläne für dieses Vorhaben. Hier sollten auch 450 Gebäude mit bezahlbaren Wohnungen gebaut werden. Auch Syriza war vor der Wahl gegen die Bebauung und es gab eine große Protestbewegung gegen große Investoren. Dann kamen die Krise und die Memoranden der Troika. Besetzte Gebäude mussten aus der Hand gegeben werden und nach dieser Enttäuschung wurde es schwieriger die Bewegung weiterhin zu mobilisieren.

Trotz internationaler Ausschreibungen wurde das Grundstück letztendlich für nur 915 Millionen Euro an den griechischen Immobilieninvestor Lambda Development verkauft. Das Unternehmen will zusammen mit der chinesischen Firma Fosun und einer weiteren, in Abu Dhabi ansässigen, unter dem Namen Global Investment Group mehr als acht Milliarden Euro investieren. Zwei unabhängige Gutachter*nnen schätzen den Verkaufspreis für 2-4fach unter dem Wert.

„In den Medien werden Bilder mit viel Grünfläche gezeigt. Diese stimmen aber mit den realen Plänen nicht überein“, sagt uns der Stadtplaner und zeigt uns die richtigen Pläne, auf denen vor allem die Wolkenkratzer herausstechen. „Einige glauben auch an das Versprechen neuer Arbeitsplätze.“ Nach dem Aufbau wird dieses neue "Las Vegas oder Dubai" mit einer privaten Infrastruktur für GriechInnen aus der Region aber wohl eher keinen Platz zum dauerhaft Leben und Arbeiten bieten.

Stella



Als 2015 mehr als eine Million vor Krieg flüchtender Menschen in Griechenland gestrandet sind, wurden zwischen 3500-6000 Menschen im Flughafengebäude und um den Flughafen in den angrenzenden Hallen unter miserablen Bedingungen untergebracht. Ausgelegt war dieses Lager lediglich für 700 Menschen. Rund 1.000 Geflüchtete traten dort in den Hungerstreik um gegen die Zustände der Unterbringung und die Aussichtslosigkeit ihrer Lage zu demonstrieren. Kurz darauf wurde der Flughafen geräumt und viele der Menschen wurden, gegen ihren Willen, in abgelegene Lager mitten auf dem Land untergebracht.



*Treffen mit Aktivist*innen gegen Zwangsversteigerungen in Athen*

Aktivist*innen kämpfen energisch für das Recht auf Wohnen.

Ich zahle nicht!

Mittwochnachmittag, 27. September 2017

Bereits im vergangenen Jahr hatte sich ein Teil unserer Reisegruppe spontan mit Genoss*innen einer Initiative gegen Zwangsversteigerungen in Thessaloniki getroffen. Wir waren damals sehr beeindruckt von den Erzählungen über blockierte Gerichtsverhandlungen und den entschlossenen Widerstand gegen die Zwangsversteigerungen von Privatwohnungen und kleinen Läden.

In diesem Jahr besuchten wir deshalb auch Aktivist*innen der Initiative in Athen und statteten im zweiten Teil der Reise auch unseren Freunden in Thessaloniki einen kleinen Besuch ab.

Wie auch in den vielen anderen Kämpfen stehen sich immer die drei selben, wenn auch ungleichen Gegner gegenüber. Auf der einen Seite die SYRIZA-Regierung mit der Troika im Rücken und auf der anderen Seite die krisengeschüttelte Gesellschaft Griechenlands.

Historisch gewachsen besitzen in Griechenland circa 80% der Menschen ihre Wohnungen und Wohnhäuser selbst. Ganz im Gegensatz zur deutschen Mieter*innengesellschaft. Ab den 1990er Jahren stiegen die Immobilienpreise und viele Menschen waren gezwungen Kredite für den Kauf aufzunehmen. Bis 2010 konnten nur etwa 5% dieser Kredite nicht bedient werden. Mit der Krise stieg dieser Anteil auf über 50% massiv an. Neben Steuerschulden oder Schulden durch Strom, Wasser bzw. Krankenversicherung führen diese Kreditschulden dazu, dass die Menschen Hypotheken auf ihre Wohnungen aufnehmen müssen.

Von 2008 bis 2013 existierte deshalb ein Gesetz, welches den Erstwohnsitz dieser Menschen schützte. Neben diesem Gesetz existiert seit 2010 das sogenannte Katseli-Gesetz, welches überschuldete Privatpersonen entlasten sollte. Damit soll ein gerichtlich festgelegter Schuldenplan auch gegen die Gläubiger durchgesetzt werden können. Die vielen Ausnahmen bei der Anwendung der Regel und die Abhängigkeit vom Gutdünken der Richter*innen schreckt viele, vor allem ärmere Menschen davon ab die finanziellen Mittel und psychische Kraft aufzubieten und sich durch das Verfahren zu kämpfen. Dies ist verständlich, denn nur etwa 50% der Verfahren enden positiv.

Auf Drängen der Troika wurde das erste Gesetz letztendlich ersatzlos gestrichen und durch einen mündlichen Kompromiss zwischen Staat und Banken ersetzt, den ersten Wohnsitz nicht zu versteigern. Daraufhin kam es zu einem ersten landesweiten Vernetzungs- und Strategietreffen von Initiativen gegen die trotz allem zunehmenden Zwangsversteigerungen. Dort wurden drei zentrale Forderungen aufgestellt. Neben einem allgemeinen Recht auf Wohnen konzentrierten diese sich auf die Neuverhandlung der Kreditkonditionen sogenannter „roter" (also notleidender) Kredite. Damit sollen die Bedingungen einerseits an den aktuellen Lohn angepasst werden und andererseits der Tatsache Rechnung getragen werden, dass die Banken durch staatliche Subventionen bereits zu Beginn der Krise für ihr Risiko auf Grund der roten Kredite entschädigt wurden.

Mit dem Ziel aufzuzeigen, dass nicht die oder der einzelne Schuld hat, sondern Krise und Memoranden zur Zuspitzung der persönlichen Schuldensituation führten, organisieren die Initiativen immer wieder Veranstaltungen und erstellen Broschüren um über strukturelle Hintergründe, Möglichkeiten des Widerstands und rechtliche Möglichkeiten aufzuklären.

Die Gründung einer Vielzahl von Initiativen und die kontinuierliche Arbeit und Aktion haben Erfolg. Nach eigener Aussage werden derzeit 90% der wöchentlich circa 240 stattfindenden Zwangsversteigerungen verhindert. 40% dieser Versteigerungen finden in Attika statt.

Nach unserem langen Gespräch in einem kleinen Straßencafé mitten im Viertel Exarchia begleitete eine kleine Gruppe von uns die Initiative zu einem überregionalen Treffen und durfte dort ein paar nette Grußworte an die vielen anwesenden Aktivist*innen richten, bevor intensiv über die kommenden landesweiten Aktionen diskutiert wurde.

Einige Tage später traf ein Teil der Reisegruppe unsere Freunde der Initiative in Thessaloniki wieder. Da uns die Hintergründe der Zwangsversteigerungen bereits geläufig waren, diskutierten wir viele der aktuellen Entwicklungen. Da viele der Gesetze zum Schutz der Betroffenen bereits abgeschafft oder relativiert wurden, versucht die Regierung in Kooperation mit der Troika nun aktiv gegen die Bewegung und ihre Aktionsformen vor zu gehen.

Einige Aktivist*innen der Bewegung werden massiv verfolgt und eingeschüchtert. Außerdem sollen die Versteigerungen sukzessive elektronisch abgewickelt werden um die bisher sehr erfolgreichen Blockaden der Gerichte zu umgehen. Auch der kürzlich beschlossene, strengere gesetzliche Schutz von Notaren ist hier zu erwähnen, denn zuletzt hatten sich einige Notarsverbände auf Druck der Bewegung geweigert weiterhin Auktionen durchzuführen. Nicht zuletzt läuft zum 31.12.2017 auch das bereits angesprochene Katseli-Gesetz aus. Damit existiert de facto keine Rechtsgrundlage mehr um privaten Wohnraum vor den Gläubiger*innen zu schützen.

Trotz dieser düsteren Aussichten zeigten sich die Aktiven zuversichtlich. Sie wollen weiterhin Druck auf die Notare und Banken ausüben um diese an der Durchführung dieser Form der Enteignung von Oben zu hindern. Auch wollen sie erreichen, dass der Staat und die SYRIZA-Regierung ihre Angriffe auf die Bewegung beenden und endlich den Erstwohnsitz aller Menschen gesetzlich schützen.

Besonders beeindruckt und interessiert zeigten sie sich vom Austausch mit Aktiven des Bündnisses gegen Zwangsräumungen in Berlin und deren internationaler Vernetzung, die trotz der griechenlandweiten Bedeutung bisher keine Rolle spielte. Das soll sich in Zukunft ändern und wir konnten mit unseren Reisen und Veranstaltungen vielleicht bereits ein klein wenig dazu beitragen.

Jonas



Die 51. Grundschule im Stadtteil Metaxourgio

Über die Situation der LehrerInnen und die Zustände an den Schulen

Dienstagabend 26. und Donnerstag 28. September

Wir besuchen Ende September 2017 die 51. Grundschule im Stadtteil Metaxourgio, einem sozialen Brennpunktgebiet. 95% der ca. 220 Kinder, die diese Schule besuchen, haben einen Migrantionshintergrund. Ihre Familien stammen aus 20 verschiedenen Ländern: Albanien, Georgien, Afghanistan, Ägypten, verschiedene afrikanische Herkunftsländer, Rumänien, Bangla Desh, Polen usw. Die Schule ist 2zügig, wie in griechischen Städten üblich, die Klassenfrequenzen liegen bei 20, auf dem Lande und den Inseln sind die Schulen kleiner.

Ein Lehrer berichtet von Problemen: Viele Familien leben äußerst beengt, manchmal 5 Personen und mehr in einem Raum. Es kommt vor, dass Väter im Gefängnis sitzen und Mütter sich als Prostituierte verdingen. Die Schule ist deshalb für die Kinder ein Ort der Erholung vom familiären Stress.

Der Schulhof ist betoniert und nur am Rande begrünt, dabei umzäunt und abgeschlossen, so ist die Schule gegen unbefugtes Betreten (und unerlaubtes Verlassen) gesichert. Er ist gleichzeitig der Sportplatz, eine Sporthalle gibt es nicht. Das ist auch an anderen Schulen so, wie wir später erfahren. Wir beobachten Kinder in der Sportstunde. Die Jungen spielen Fußball mit einem arg zerfledderten Ball, die Mädchen Abtreffen auch mit einem Ball.

Dann ist Hofpause, wir erregen die Neugier der Kinder. Als sie merken, dass Angela Griechisch spricht, wird sie umringt und Fragen prasseln auf sie ein. Woher kommst du? Was machst du hier? Hamburg kennen sie nicht, aber Deutschland. Angela fragt, ob sie ihre Schule mögen. Promt kommt ein begeistertes Ja.

Wir gehen in die Aula, in einer Ecke sitzt eine Lehrerin mit 6 Kindern: Sprachunterricht für geflüchtete Kinder. Auf dem Podest türmen sich neue Schulbücher, die jedes Jahr an die Kinder ausgegeben werden, gegenüber eine Tafel. Auch in den Klassenräumen gebe es außer Tafel und Büchern keine Unterrichtsmittel, sagt uns ein Kollege. Es gebe keine Finanzmittel für naturwissenschaftliche Experimente, für den Unterricht mit Kindern nichtgriechischer Muttersprachen, für Sozialarbeiter*innen, die an einer solchen Schule dringend nötig wären, oder für reformpädagogische Ansätze, die helfen könnten, die griechische Schule zu modernisieren, die vielerorts noch immer eine Paukschule sei. Sie improvisierten

und unterrichteten mit Liebe, sagte der Kollege. Das passt zum Schulmotto „Liebe und Solidarität“ und „Freundschaft – Freiheit“ (siehe Foto), das in großen Lettern auch am Schulgebäude geschrieben steht.

Unser Gesprächspartner ist einer von 15 000 zu Beginn des Schuljahres eingestellten Lehrkräften, die einen Fristvertrag bis zum Ende des Schuljahres haben. Sein Gehalt beträgt knapp 700 €. In den Sommermonaten bezieht er Arbeitslosengeld. Im Schuljahr 2016/17 waren noch 24 000 Fristbeschäftigte (von ca. 160 000 Lerkräften insgesamt) in den Schulen tätig. Ob im laufenden Schuljahr 2017/18 weitere Lehrkräfte eingestellt würden, war Anfang Oktober unklar. Die Gewerkschaften kämpften noch für Einstellungen, was wir später am Nachmittag miterleben konnten. Vor dem Erziehungsministerium versammelten sich Kolleg*innen , um gegen die Missstände in den Schulen zu protestieren. Der Protest war von den Basisgewerkschaften organisiert worden. Die Gewerkschaft der Grundschullehrer*innen DOE war zwar nicht dagegen, hat aber auch keine aktive Rolle bei der Mobilisierung gespielt. Es beteiligten sich ca. 300 Kolleg*innen.

Die Gewerkschaften hatten sich auch vehement gegen den Beschluss des Erziehungsministeriums ausgesprochen, die Kinder aus Familien Geflüchteter getrennt von den anderen Schulkindern am Nachmittag zu unterrichten, weil sie damit isoliert würden. Der Vorteil der beschlossenen Regelung für die Regierung besteht darin, dass Gelder der EU für besondere Maßnahmen der Flüchtlingshilfe fließen, nicht aber für regulären staatlichen Unterricht. Für das Programm der „Willkommensklassen“ wurden 800 Lehrkräfte neu eingestellt, wie üblich nur Fristbeschäftigte, z. T. mit maximal 12 Wochenstunden zu 7 €/Std. Das ist für den Staat günstiger, als die 2014 entlassenen Lehrkräfte weitwerzubeschäftigen, die eine Ausbildung und mehrjährige Erfahrung in der Beschulung der Migrantenkinder hatten. In den Camps auf den Inseln sieht es noch trauriger aus, dort werden die Kinder oft nur von Freiwilligen der NGOs unterrichtet.

Der Anteil für öffentliche und private Bildungsausgaben im Jahre 2010 von 5,1% des BIP, das damals ca. 277 Mrd. € betrug, fiel bis 2016 auf ganze 2,8% des BIP von nunmehr nur noch ca. 200 Mrd. €. In diesen 7 Jahren der Memorandumspolitik der EU gegenüber Griechenland hat der Austeritätskurs das Bildungswesen verwüstet.

Die Lehrkräfte mussten Gehaltskürzungen hinnehmen, eine Grundschullehrerin, die bei ihrer Einstellung noch 1150 € verdiente, bekommt heute nach 10 Jahren Schuldienst anstatt mehr noch 900 €. Seit 2010 gab es bis auf wenige Ausnahmen (etwa 500 Kolleg*innen konnten sich einklagen) keine Festeinstellungen von Lehrkräften mehr. Lücken, die die Pensionierungen Zigtausender hinterließen, wurden mit Fristbeschäftigten gefüllt. Diese werden schlechter bezahlt (s.o.) und sind außerdem von den Kürzungen des Arbeitslosengeldes auf 322 € betroffen, das sie während der Sommermonate beziehen.

2013 wurden 2500 Berufsschullehrer*innen entlassen, die dann nach einer Verfassungsbeschwerde 2015 wieder eingestellt werden mussten.

2016 wurde das Unterrichtsangebot verkürzt: an den Grundschulen um 5 und an den Oberschulen um 3 Wochenstunden. Musik-, Theater-, Sport-, Kunst- und Informatiklehrer*innen wurden nicht mehr eingestellt, sodass die übrigen Kolleg*innen gezwungen sind, den Unterricht in Fächern zu übernehmen, für die ihnen die Ausbildung fehlt. Oder sie müssen als Fachlehrkräfte an mehreren Schulen unterrichten, was der Minister als „Möglichkeit zur Mobilität innerhalb des Schulverwaltungsbezirks“ schönredet. Die Folge ist, wie der junge Informatiklehrer an der 51. Grundschule berichtete, dass er während einer Woche so viele Kinder habe, dass er sich deren Namen nicht merken könne, aber zum Glück liebten die Kinder sein Fach.

2013 hatte die Nea-Demokratia-Regierung (ND) ein Gesetz duchgebracht, durch das die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes einer Leistungsbeurteilung unterworfen werden sollten. Ziel war natürlich quasi objektiv festzustellen, wer entbehrlich erscheint. Die Gewerkschaften der Lehrer*innen DOE und OLME (für Oberschulen) konnten in den letzten Jahren verhindern, dass die Beurteilungen auch auf ihre Kolleg*innen angewandt wurden. Syriza hat auf Druck der „Institutionen“ beschlossen, nunmehr einen Teil des Gesetzes umzusetzen. In den nächsten 2 Jahren sollen die Vorgesetzten überprüft werden, die Beurteilung der anderen Lehrkräfte behält man sich für später vor. Dieses Vorgehen nach OECD-Mustern wird als „Schaffen einer Beurteilungskultur“ verkauft, dient aber dem Zweck, über die Vorgesetzten den Druck auf die Lehrerschaft zu erhöhen, Konkurrenz zwischen den Schulen zu schaffen, bei schlechten Ergebnissen den Schulen Finanzmittel zu entziehen und letztlich Schulschließungen und Entlassungen vorzubereiten, wie der Kollege Nikos vom Dachverband der Öffentlichen-Dienst-Gewerkschaften ADEDY befürchtet. ND habe schon verlauten lassen, dass sie im Falle einer Regierungsübernahme für noch mehr „Freiheit“ sorgen würde, indem sie die Einschulungsbezirke aufheben und die Einstellung von Lehrer*innen den Schulen überlassen möchte. Es gibt sogar schon ein Pilotprojekt, bei dem Eltern Gutscheine für Privatschulen erwerben können. Passt das nicht perfekt zum Lieblingsvorhaben der Austeritätsfanatiker, alles was sich irgendwie zu Geld machen lässt, zu privatisieren: nach der Eisenbahn, den Häfen und Flughäfen, der Strom- und Wasserversorgung usw. auch die öffentlichen Bildungseinrichtungen?

Robert



Gewerkschaftsblock der P.A.ME (Gewerkschaft der Kommunistischen Partei)

Kostas – Außenvertretung von Vio.me in Athen

Mittwochmorgen, 27. September 2017

Kostas war früher Journalist. Er arbeitet seit 2008 bei Vio.me in Athen. Seitdem der Betrieb in Saloniki besetzt ist, gibt es eine Art Niederlassung hier für den Vertrieb der Produkte, die im besetzten Betrieb hergestellt werden. Sie sind zu dritt.

Er gibt uns zuerst einen Überblick über die politische Entwicklung der letzten Jahre. Er sieht die Jahre 2008 bis 2015 als eine zusammenhängende Phase. Dabei wurden unterschiedliche Erfahrungen im Widerstand gemacht. Nach der Erschießung eines Jugendlichen durch die Polizei in Exarchia 2008 kam es zu einer Jugendrevolte. Diese traf zusammen mit dem Beginn der wirtschaftlichen Krise. Beides zusammen bewirkte einen starken Anstieg des Widerstands. Alle Formen wurden ausprobiert: gewaltsame und parlamentarische, Streiks, Besetzungen, Demos. Dabei stechen zwei hervor: Zum einen die Platzbestzungen 2011, zum anderen die Entstehung selbstorganisierter Strukturen.

Zu den Platzbesetzungen: Sie waren wichtig, weil dort allgemeine Forderungen entwickelt wurden nach einem anderen Leben und nach direkter Demokratie. Das war der Beginn einer wichtigen Diskussion. Sie ging über Wochen, nahm an Stärke zu und fing an ein Machtgegenpol zu werden von Menschen, die bisher ohne Stimme waren. Die Platzbesetzung auf dem Syntagma-Platz fand statt direkt gegenüber dem Parlament und Regierungssitz. Kurzfristig stand die Machtfrage im Raum.

Zu der Entstehung von selbstorganisierten Strukturen: Es gab Besetzungen, soziale Kliniken und Apotheken (auch für Flüchtlinge), Nahrungsmittelverkauf direkt vom Erzeuger, Stadtteilversammlungen usw. Es entstand ein ganzes Netzwerk.

Die Regierungsübernahme von Syriza 2015 war mit viel Hoffnung begleitet, die aber sehr schnell enttäuscht wurde. Das Referendum im Juli 2015 (über 62% stimmten mit „Nein" und trotzdem unterschrieb die Regierung die Kapitulation vor den Forderungen der Gläubiger) war ein besonders schwerer Schlag. Die Mehrheit der Bevölkerung war damals bereit mit der EU in Konflikt zu gehen. Bis heute herrscht ein Zustand von Enttäuschung und Desorientierung vor. Ein Neuanfang der Bewegung ist noch nicht zu sehen.

Trotz allem gibt es ernsthafte Auseinandersetzungen:
- um die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen;
- eine starke antifaschistische Bewegung, die es schwer macht, die Prozesse gegen Mitglieder der faschistischen „Goldenen Morgenröte" leise zu beenden;
- starke Jugenddemonstrationen gegen antidemokratische Entwicklungen;
- Stabilisierung und gute Verwurzelung der selbstständigen Strukturen.
- Aber: Keine Arbeiterbewegung und kein Stellen der Machtfrage.

Einwand von mir: Ich sehe eher zwei Phasen: von 2008 bis 2011 die Phase der außerparlamentarischen Bewegung, die an ihre Grenzen stieß. Von 2012 bis 2015 das Abflauen der Bewegung einerseits, der Aufstieg von Syriza andererseits, der den Widerstand auf das parlamentarische Gleis lenkte und schließlich mit der Kapitulation nach dem Referendum entwaffnete.
Kostas stimmt dem im Wesentlichen zu. Mit dem Aufkommen einer parlamentarischen Perspektive mit Syriza konzentrierte sich ein Teil des Widerstands darauf.

Wie es weiter gehen soll, darüber gibt es keine einheitliche Diskussion. Im Wesentlichen sieht er zwei Linien:
Da es im Moment nicht möglich ist, eine grundlegende Alternative zu entwickeln, soll man bestehende Strukturen und Institutionen nutzen. Das kann die rechtliche Absicherung von Projekten bedeuten oder auch das Annehmen von finanzieller Unterstützung von staatlicher Seite. Z.B. erarbeitete solidarity4all einen Gesetzentwurf, der Projekten rechtliche und steuerliche Sicherheit geben sollte. Bis jetzt sind kollektive Betriebe gesichert, aber noch nicht die Märkte des Direktverkaufs, auch noch nicht die Wiederinbetriebnahme aufgegebener Betriebe. Viele Betriebe wurden in den letzten Jahren aufgegeben, in denen die Produktionsmittel noch da sind.
Man soll ein alternatives Konzept entwickeln –wie z.B. Vio.Me, das sich außerhalb der Machtlogik befindet und nicht mit bestehenden Strukturen und Parteien kooperiert.

Nachfrage: In Portugal gibt es 800 besetzte Betriebe, in Griechenland nur einen.
Woran liegt das?
Seit den 80er Jahren mit dem Aufschwung von PASOK gibt es starke Beziehungen zwischen politischen Parteien und Gewerkschaften, ebenso eine starke Verbundenheit von Staat und Gewerkschaften. Die Einstellung gegenüber Selbstverwaltung ist feindlich.



Frage: Warum lassen sich die Beschäftigten das gefallen?
Unter der PASOK-Regierung wurde das Klientel-System ausgeweitet auf bisher ausgeschlossene Schichten, z.B. auf Bauern. Es entstanden starke Abhängigkeitssysteme besonders im staatlichen Bereich, aber auch im privaten Sektor. Wenn die kommunistische Partei oder auch andere Parteien an Kämpfen gegen Betriebsschließungen teilnehmen, ist das häufig nicht hilfreich. Sie fordern Entschädigungen, Auszahlung der Löhne usw. Aber wenn's um die Weiterführung des Betriebs geht, ziehen sie sich wieder raus. Die Arbeiterbewegung hat in jedem Land eine besondere Geschichte. In Argentinien z.B. haben Fabrikbesetzungen eine lange Tradition, während sie in Griechenland relativ neu sind.

Letztes Jahr fand auf dem Vio.Me-Gelände in Saloniki das Euro-Mittelmeer-Treffen der solidarischen Ökonomie statt. Es war ein gutes Treffen vieler Vertreter mit einem guten Austausch. Als praktischer Schritt wurde ein gemeinsames Netzwerk zum gegenseitigen Vertrieb der Produkte gegründet.

Frage: Ist die solidarische Ökonomie schon eine Bewegung in Griechenland (bekannt sind Olivenölkooperativen und Vio.Me)?
Ein Treffen in diesem Frühjahr hatte das Ziel der Vernetzung und des gemeinsamen Vertriebs. Alles ist noch im Werden.

Frage: Kann man mit dem Vio.Me-Lohn überleben?
Man bekommt 500 € im Monat. Aber wir verdienen diese 500 € auf andere Weise als üblich, als Teil eines alternativen Projekts.

Frage: Es gab auf dem Mittelmeer-Treffen das Anliegen eines Rahmens für Arbeitsbedingungen in kooperativen Strukturen. Wie weit ist man da?
Man wollte eine Art Charta entwickeln mit Grundsätzen der Kollektivwirtschaft. Beispiele: Jeder nur eine Stimme, Gleichberechtigung für alle, Beschlüsse nur auf Vollversammlungen, keine Eigentumsrechte. Das ist noch in der Diskussion. Es gibt unterschiedliche Formen der Kollektivstrukturen: mit unterschiedlichen Gehältern; mit Hierarchien; mit Ausschüssen, die entscheiden; mit Aktionärsstrukturen. Diese Diskussion findet europaweit und in Griechenland statt, z.B. auf dem diesjährigen Frühjahrstreffen.
Die Leute, die in den Kollektiven mitmachen, denken auch über gewerkschaftliche Strukturen nach, um an der allgemeinen Bewegung teilzunehmen. Orientierung sind die Basisgewerkschaften ohne Vertretungsorgane.

Frage: Angesichts der allgemeinen Enttäuschung und Lähmung: Welche Bereiche könnten zentrale Punkte für die zukünftige Bewegung sein?
- Demokratische Rechte gegenüber einem immer autoritärer werdenden Staat.
- Flüchtlinge.
- Faschismus.

Frage: Wie kann man verhindern, dass neue Machtstrukturen entstehen? Es gibt doch eine enorme Belastung für die Kollektivmitglieder neben der anstrengenden Arbeit: Vollversammlungen, Konferenzen, Veranstaltungen usw. usf.
Das ist ein Lernprozess. Es gibt gewisse Prinzipien, z.B. Rotation. Der Aufwand ist schon groß, klar, aber es ist unser Ding, unser Anliegen, das gibt Kraft.

Frage: In Deutschland gab es in den 70er Jahren eine ganze Reihe von selbstverwalteten Betrieben, mittlerweile sind alle verschwunden. Anfangs gab es für alle gleiche Bedingungen, das wurde aber zunehmend aufgegeben. Sachzwänge führten zur Spezialisierung und Arbeitsteilung und zu Hierarchien. Die Konkurrenz des Marktes und des Arbeitsmarktes schlug zu! Auf diese Erfahrungen müsste man zurückgreifen.
Die Probleme sind bekannt. Es gibt kein Patentrezept. Die Mehrheit der Projekte ist gescheitert. Man muss die Ursachen untersuchen und Lehren daraus ziehen. Eine Erfahrung, die nicht gescheiterte Projekte gemacht haben, ist: Wichtig ist die Verbindung zur Gemeinschaft außerhalb, zur Gemeinde. Das hat auch einen Kontrolleffekt. Man muss sein Projekt in das Umfeld hineintragen. Vio.me z.B. beherbergt in seinen Räumen eine Soliklinik, es werden Veranstaltungen durchgeführt.

Zustimmung: Das entspricht auch deutschen Erfahrungen. Isolierung ist tödlich!

Wir übergaben eine Spende von 200,-€

Manfred

„Klassen-Gegenangriff“

Mittwochabend,
27. September 2017

Wir besuchen eine Gruppe, die sich "Klassen-Gegenangriff " nennt. Es handelt sich um einen Zusammenschluss von Kommunisten und Anarchisten, also für Griechenland etwas sehr Ungewöhnliches. Ihr Büro ist ein großer, neuer Raum – an den Wänden sehen wir ein großes Bild von Che Guevara, viele alte Fotos aus dem Spanischen Bürgerkrieg, kämpfende Frauen, ein Foto von Ulrike Meinhof nach ihrer Verhaftung, einen irischen Kämpfer der IRA mit Gewehr im Anschlag. Vielleicht bilden die Fotos das Spektrum ab, an dem sich diese Gruppe orientiert? Wir werden begrüßt von einem jungen Mann und einer zarten jungen Frau. Der junge Mann gibt uns erste Informationen:



Die Gruppe bezeichnet ihre Arbeit als "antiimperialistischen Kampf". Die Mitglieder nehmen an Demonstrationen teil, analysieren die Lage in Griechenland und in der Welt, vernetzen sich mit anderen Gruppen. Ihr Arbeitsfeld umspannt den Kampf gegen die EU und die Gläubiger-Verträge seit 2010 bis zur Teilnahme am Kampf der Arbeiterschaft, den Kampf gegen die Goldene Morgenröte und die Drogenmafia. Sie beteiligen sich an der Flüchtlingsarbeit, unterstützen politische Gefangene, organisieren Solidaritätsaktionen für die Palästinenser und für türkische Menschen im Hungerstreik. In Zypern gibt es eine ähnliche Gruppe, deren Ziel ein einheitliches demokratisches Zypern ist. Sie hat Kontakte mit der türkisch-zypriotischen Seite. Die Gruppe besteht aus 30 Leuten, aus Studenten, Arbeitern und Arbeitslosen. Sie grenzt sich von der reformistischen Linken ab.

Manfred stellt die Frage nach der praktischen Zusammenarbeit der griechischen Linken. Die beiden Vertreter stimmen zu, dass die griechische Linke zersplittert ist. Verbreitet sei die Auffassung, die Anarchisten seien eine geschlossene Gruppe. Dem wollten sie etwas entgegensetzen, indem sie Bündnisse organisieren.

Aus unserer Gruppe kommt die Frage: Ist der Zugang zu den Massen möglich mit einer anarchistischen, antikapitalistischen Haltung? Oder ist das nur eine Hoffnung?
Unsere Gastgeber geben zu, dass die antikapitalistische Bewegung in Griechenland schwach ist. Es sei nötig, die politischen Kräfte zu sammeln, um an Einfluss in der Bewegung zu gewinnen. Es gab Aufstände, wie zum Beispiel 2008 nach der Ermordung eines Jugendlichen in Exarchia, aber der aufständische Charakter der Revolten konnte nicht revolutionär gewendet werden. Es bräuchte eine Kraft, die die Aufstände zur Machtfrage führt. Syriza mit ihrer reformistischen Strategie hätte die Bewegung geschwächt, die Bevölkerung denkt jetzt: "Es sind eh alle gleich".

In den Jahren 2012 bis 2015 wurde die Auseinandersetzung zunehmend einer Partei überlassen, das habe die Bewegung geschwächt. Wichtig seien die Fragen: Welches Bewusstsein ist vorherrschend? Welche Sprache ist nötig?

Die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen gestaltet sich so: Es gab Zusammenschlüsse bei bestimmten Themenbereichen, so beim Treffen der EU-Finanzminister (Ecofin), in Zukunft bei einem neuen Memorandum. Dabei wird ein Rahmen für gemeinsame Inhalte gesteckt, um dann zu einer gemeinsamen Aktion zu kommen. Eine eigenständige Aktion der Gruppe war eine Demonstration vor der deutschen Botschaft im Mai 2015. Nach dem Referendum im Sommer 2015 schlossen sich die Nein-Kräfte mit einer antikapitalistischen Richtung zusammen.

Wichtig war der Kampf gegen die bewaffnete Drogenmafia auf dem Exarchia-Platz, der wohl erfolgreich war. Dazu gab es Veranstaltungen, um die Bürger zu gewinnen.

Die beiden jungen Leute räumen ein, dass die Bewegung durch den Schock der Kapitulation Syrizas in eine Krise geraten sei. Bei der Zusammenarbeit mit anderen Gruppen sei es wichtig, die eigene Identität zu wahren. Vor dem Referendum organisierte die Gruppe eine große Versammlung vor den Büros des Verbandes der griechischen Industriellen. "Ihr seid die, die mit den Gläubigern zusammenarbeiten!" Es gab eine Motorraddemo zum Wirtschaftsministerium, Angriffe mit Farbbeuteln.

Der Kampf der Stadtteilversammlung in Nea Filadelfia wurde von der Gruppe unterstützt und müsste nach Meinung unserer beiden Gastgeber ein wichtiges Anliegen der Athener Linken sein. Diese Stadtteilversammlung hatten wir Montagabend besucht und vom Terror der Nazi-Fußballfans und den Plänen zur neoliberalen Umgestaltung des Stadtteils erfahren.

Beim Schreiben meines Berichts fällt mir auf, dass ich noch viele Fragen hätte stellen können. Vieles blieb für mich sehr allgemein. So hätte ich gern gewusst, wie die Aktionen der Gruppe bei der Bevölkerung ankamen. Auch blieb für mich die Frage, wie die Bevölkerung für einen antiimperialistischen Kampf zu gewinnen ist, nicht beantwortet. Was sind die wichtigsten Anliegen der Bevölkerung?

Das Treffen mit dieser Gruppe war das dritte Treffen an diesem Tag und meine Kapazität kam an ihre Grenzen, ich wollte nur noch eine Pause. Nächstes Jahr gibt es hoffentlich eine neue Möglichkeit.

Angela



Blick von der Gedenkstätte auf Distomo

Distomo

Donnerstag, 28. September 2017

Unsere Freunde vom Arbeiterzentrum bringen uns nach Distomo. Das Dorf liegt etwa 20 Minuten mit dem Auto von Livadia entfernt am Fuß des Parnass-Gebirges.

Am 10. Juni 1944 verübte in Distomo eine Einheit der Waffen-SS ein grausames Massaker. 218 Menschen wurden auf kaum beschreibbare Weise ermordet. Das Dorf wurde geplündert und die Häuser niedergebrannt. Zuvor hatten Partisanen einen Konvoi der Wehrmacht und Waffen-SS auf der Straße nach Livadia angegriffen. Aus Rache für den Widerstand der Partisanen und die eigenen Verluste ermordeten die Soldaten die wehrlosen Menschen im nahegelegen Ort. Darunter 50 Kinder. Das Jüngste war erst zwei Monate alt. Es gab nur wenige Überlebende, die sich verstecken oder fliehen konnten.

Distomo ist auch der Heimatort von Yannis. Wie er uns bei einem unserer vorherigen Be-suche berichtete, waren unter den Opfern auch viele Angehörige seiner Familie. Das Mahnmal, das an dieses Verbrechen erinnert, liegt auf einem Hügel vor dem Ort. Der Himmel ist grau und Wind und Regen fegen über die Anhöhe. Wir rücken eng zusammen und folgen Yannis‘ Schilderung der damaligen Ereignisse. Hinter uns das kleine Mausoleum mit den Totenschädeln der Ermordeten und neben uns die lange Tafel, die die Namen und das Alter aller 218 Opfer trägt.

Dann verliest Rolf seinen Redebeitrag, in dem er ausdrückt, was uns alle bewegt: Das Leid der Opfer, der Überlebenden und der Nachkommen und ihr Kampf um Gerechtigkeit. Die Mörder ließ man alle laufen und sämtliche deutschen Nachkriegs-Regierungen schmetterten die Forderungen nach materieller Entschädigung und Reparationen eiskalt ab.

Der anschließende Besuch im Museum in Distomo verstärkt noch den Eindruck, den die Gedenkstätte hinterlassen hat. Wir sehen einen Film, in dem Überlebende des Massakers berichten, was sie persönlich erlitten, und wie lange der Schock über die Gewalt und den Verlust der Angehörigen und Freunde das ganze Leben im Dorf bestimmte.
In ganz Griechenland wurden mit dieser Politik der verbrannten Erde über 1500 Dörfer und Kleinstädte zerstört und Zehntausende Menschen ermordet. Die sogenannte Zwangsanleihe, die die deutschen Faschisten dem griechischen Staat abpresste, hatte eine Hungersnot zur Folge, die 300.000 Menschenleben kostete. Das ganze Land wurde systematisch ausgeplündert und die Infrastruktur zerstört.

Wir hörten in Distomo immer wieder, dass es beim Kampf um Entschädigung und Reparationen nicht um das Geld geht, sondern um die Würde. Es ist eine Schande, dass sämtliche deutsche Bundesregierungen ihre Verantwortung ablehnten und bis heute die griechischen Forderungen mit juristischen Winkelzügen abwehren. Es hat sich noch immer nicht geändert: Wer das Geld hat, hat die Macht und wer die Macht hat, hat das Recht.

Gisela

Gedenkrede Rolf Becker: Erinnern wir uns

Am 10. Juni 1944 überfiel dort unten im Tal eine Einheit der Waffen-SS das Dorf Distomo und ermordete 218 Bewohnerinnen und Bewohner, darunter Mütter mit ihren Kindern, das jüngste zwei Monate – 50 Kinder insgesamt. Das älteste Opfer war 85. Ganze Familien wurden ausgelöscht. 32 mal ist der Name Sfountouris hier in die Stele gemeißelt.

Jannis Ritsos, „Epigramm für Distomo"
Hier ist die Erde bitter, die Erde von Distomo.
Sei behutsam, Vorübergehender,
gib Acht, wohin du trittst –
hier schmerzt das Schweigen,
schmerzt auf dem Weg ein jeder Stein
hier schmerzen die Opfer und schmerzt
die Härte menschlicher Herzen.
Hier diese schlichte Stele aus Marmor
bescheiden darauf all die Namen –
ehrendes Gedenken hebt sie hinauf,
Seufzer um Seufzer, Stufe um Stufe
einer riesigen Treppe.

Distomo, Kalavrita, Anogia, Ano Viannis, Komeno, Klissoura, Lingiades – die Aufzählung der Verbrechensorte lässt sich ins zig-fache verlängern. Keiner der Mörder wurde in Westdeutschland je verurteilt. Das Landgericht München stellte 1972 die Verfahren wegen Verjährung ein.

Nicht nur die strafrechtliche Sühne blieb aus, den überlebenden Dorfbewohnern und den Nachfahren der Opfer wird bis heute jegliche Entschädigung verweigert – eine offene Wunde für viele Menschen in Griechenland, eine offene Wunde in den deutsch-griechischen Beziehungen.

Vor wenigen Monaten, am 10. Juni, kam es hier bei der jährlichen Gedenkveranstaltung zu einem Zwischenfall: der deutsche Botschafter in Griechenland, Dr. Peter Schoof, war hier, um einen Kranz zum Gedenken an die Opfer niederzulegen. Als Zoe Konstantopoulou, 2015 kurzzeitig Parlamentspräsidentin der Syriza-Regierung, protestierte „Sie haben nicht das Recht!" und ihn an die verweigerten Reparationszahlungen aller bisherigen deutschen Regierungen erinnerte, griff Manolis Glezos ein: er unterstütze, wie jeder wisse, diese langjährig wiederholte Forderung, sei aber nicht damit einverstanden, dass das Gedenken an die Opfer deshalb behindert werde. Er führte den Botschafter hierher zum Mahnmal, damit er seinen Kranz niederlegen konnte: „Das Kind eines Verbrechers, welche Verbrechen seine Eltern auch immer begangen haben, ist dafür nicht verantwortlich".

Deutsche Politiker und Bundespräsidenten baten zuvor bereits mehrmals Familien von Ermordeten um Verzeihung für die von der deutschen Wehrmacht nach Partisanenangrif-



Das Massaker vom 10. Juni 1944 Historisches Foto im Museum in Distomo

fen als „Sühnemaßnahmen“ verübten Verbrechen, mit immer der gleichen Einschränkung: beispielsweise Bundespräsident Gauck am 7. März 2014, als er bei seinem Staatsbesuch zusammen mit dem griechischen Staatspräsidenten Papoulias das Dorf Lingiades besuchte, um dort am Mahnmal, wie er wörtlich erklärte „der Opfers eines grausamen Massakers“ zu gedenken, auf die Frage, warum Deutschland nach wie vor jede Entschädigung für das von der Wehrmacht am 3. Oktober 1943 verübte Massaker verweigere: »Sie wissen, dass ich darauf nur so antworten kann, dass ich meine, der Rechtsweg ist abgeschlossen.«

Als hätte er, als hätten alle bisherigen Regierungen Nachkriegsdeutschlands die zahlreichen Stimmen aus Griechenland nicht vernommen, die, wie Argyris Sfountouris, der das Massaker hier überlebte, versucht haben – und nach wie vor versuchen – Wege für ein versöhnliches Miteinander im Sinne aufrichtiger Verständigung zwischen dem Land der Täter und dem seiner Opfer zu bahnen. Bis heute bleibt es seitens der Bundesregierung bei der ihm am 23. Januar 1995 von der deutschen Botschaft in Athen schriftlich erteilten Antwort: „Nach Auffassung der Bundesregierung sind Vergeltungsaktionen wie gegen das Dorf Distomo nicht als NS-Tat zu definieren, sondern als Maßnahme im Rahmen der Kriegsführung.“

Lasst uns, soweit uns das mit unseren geringen Kräften möglich ist, sein Anliegen unterstützen und uns seine Aufforderung an die deutsche Regierung zu eigen machen, „offen und ehrlich und mit einer optimalen Akzeptanz in der Weltöffentlichkeit ein tragisches Kapitel deutscher Geschichte abzuschließen und gleichzeitig dieses schäbige, Deutschland erneut entwürdigende Nachspiel zu beenden“.

Wir wissen, es gibt geschichtliche Ereignisse und Handlungen und Haltungen, die im Bewusstsein der Menschen erhalten bleiben, in Worten, Texten und Liedern. Wie der Widerstand eines jungen Mädchens im mythologischen Theben, deren Weg in den Tod ein Jahrtausend später ein Athener Dichter nachzeichnete, Sophokles, vor 2500 Jahren in seiner „Antigone“: „Nicht mitzuhassen, mitzulieben bin ich da.“

Manolis Glezos in einem Brief vom 03.Mai 2013: „Frauen, die ihre Kinder, Brüder, Väter oder Ehemänner verloren hatten, gingen hinunter zur Küste oder kletterten in die Berge, und wo immer sie die Leichen des Feindes fanden, da war es nicht mehr der Feind: Sie ehrten die Verstorbenen, sie wuschen sie und beerdigten sie, wie es der Brauch war. So waren sie die Enkelinnen von Antigone, die den Toten gegenüber ihre Pflicht verrichteten.“

Wir verneigen uns vor den Opfern, denen diese Gedenkstätte gewidmet ist, mit dem griechischen „parontes“ – sie sind gegenwärtig, anwesend, hier bei uns.



*Nicht nur in den Medien, sondern auch unter Kolleg*innen stieß die aktuelle Entwicklung in der BRD auf großes Interesse.*

Veranstaltung mit Vertreter*innen der Basisgewerkschaften

Über die Situation in Deutschland

Freitagabend, 29. September 2017

Im letzten Jahr waren wir erstmalig mit Vertreter*innen der Basisgewerkschaften und Interessierten zusammengekommen, um über die Situation in der BRD zu berichten und zu diskutieren. Schon im letzten Jahr war das Interesse groß und wir hatten verabredet, dass es eine Fortsetzung in diesem Jahr geben sollte.

Der Saal ist voll, wir zählen zwischen 50 und 60 Teilnehmende.

In einer Zeit, in der das Kapital aggressiv Arbeitnehmer*innenrechte einzuschränken versucht, ist unser Bericht, das gemeinsame Treffen ein guter Einstieg der internationalen Solidarität. Wenn wir voneinander wissen, wie die Bedingungen in unseren Ländern sind, wenn wir uns über die Angriffe auf unsere Rechte austauschen, ist es ein guter Anfang, uns nicht gegeneinander ausspielen zu lassen. Das Kapital ist extrem gut vernetzt, wir sollten unsere Beziehungen intensivieren, um eine ebenso gute Vernetzung hinzubekommen.

Wir starten den Abend mit einer Runde von Statements, die mit dem Ergebnis der Bundestagswahl und dem Einzug der AfD beginnt. Die Tatsache, dass erstmalig wieder eine rechtsextreme Partei in den deutschen Bundestag eingezogen ist, gibt dieser Thematik eine besondere Bedeutung. Wir bekamen bei all unseren Treffen hierzu viele Fragen gestellt.

Weitere Themen sind:
- Die Rolle der Gewerkschaften
- Die berufliche Ausbildung im Stahlwerk Salzgitter und die Übernahmesituation der Azubis
- Eine Reflexion des G 20-Gipfels in Hamburg
- Die Verschärfung der Sicherheitsgesetze
- Rente und Altersarmut
- Agenda 2010, Hartz IV-Gesetze

Das Interesse an allen Themen ist groß und es findet eine sehr lebhafte Diskussion statt. Auch werden uns eine Menge Fragen gestellt, die wir gemeinsam beantworten. Beispielhaft einige der gestellten Fragen:
- Wie stellt sich die Arbeiterschaft dar, gibt es eine kämpferische Arbeiterschaft?
- Gibt es Parteien links von der Partei Die Linke?
- Gewerkschaftsdichte/-mitgliedshaft im Verhältnis zu den Beschäftigtenzahlen?
- Wie gefährlich ist die AfD und gibt es eine Kraft, die sich dem Rechtsruck entgegensetzt?

- Wann war der letzte Generalstreik und welche nennenswerten Streiks gab es in jüngster Vergangenheit?
- In Griechenland nahm die Gewerkschaftsbewegung ab, als vermehrt Frauen in die Berufstätigkeit einstiegen. Ist das in Deutschland auch so bzw. können Frauen in Deutschland nur Friseurin oder Kanzlerin werden?
- Welche Schutzrechte gibt es für Frauen in Bezug auf Schwangerschaft, Alter?
- Unter welchen Voraussetzungen dürfen die Gewerkschaften/Betriebsräte zu Vollversammlungen aufrufen?
- Gibt es etwas Positives aus der Tatsache zu ziehen, dass SPD und CDU so viele Stimmen verloren haben?
- Wie hoch ist die Rate der Arbeitslosen?
- Gibt es jemanden / eine Institution, die sagt: „Nieder mit dem Kapitalismus!"?

Der Austausch war sehr intensiv und wir haben gemeinsam festgestellt, wie wichtig es ist, miteinander über die Verhältnisse in unseren Ländern zu sprechen. Es gab Aussagen wie: „Ich dachte immer, dass nur die Arbeitnehmer*innen im Süden ausgeraubt würden". Oder auch die Feststellung, dass die Mainstreampresse in Griechenland noch immer suggeriere, dass in Deutschland nur gute Arbeitsbedingungen bestünden und hohe Löhne gezahlt würden.

Nach dem „offiziellen" Teil essen und trinken wir zusammen. Es gibt Souvlaki, Musik und schöne Gespräche bei guter Stimmung. Der Austausch ist für uns wichtig und wir werden ihn im nächsten Jahr, beim nächsten Besuch fortsetzen und in der Zwischenzeit die Kontakte aufrechterhalten.

Doris

Bei ANTARSYA

Sonnabendmittag, 30. September 2017

Wir hatten auch letztes Jahr ein Treffen am gleichen Ort, genauer mit einer Gruppe aus ANTARSYA, der Neuen Linken Strömung. ANTARSYA ist eine Bündnisorganisation, deren Namen aus den griechischen Wörtern „Antikapitalistische Linke Zusammenarbeit für den Umsturz" zusammengesetzt ist („Antikapitalistiki Aristeri Synergasia gia tin Anatropi"). „Antarsya" ist zugleich ein griechisches Wort mit der Bedeutung „Meuterei".

Diesmal waren vier Genossen aus dem ZK da und eine weitere Frau, die verschiedene Gruppen vertraten.

ANTARSYA wurde 2009 gegründet, zu Beginn der strukturellen Krise, ein wesentliches Motiv war die Kritik an der Politik der KKE, aus der viele kommen.

Sie arbeiten in Gewerkschaften (als eigene Plattform), beteiligen sich an verschiedenen Bündnissen, arbeiten in Initiativen mit, aktuell z.B. an der gegen Zwangsversteigerungen, überall wo soziale Kämpfe stattfinden. Sie sind im Öffentlichen Dienst gut vertreten, fast so gut wie die KKE und konnten auch einiges für die KollegInnen rausholen.

Zu ihrem Programm: Raus aus NATO, EURO und EU; Streichung der Staatsschulden; Verstaatlichung der Banken, damit sie der Arbeiterklasse dienen können; Verstaatlichung großer Unternehmen mit strategischer Bedeutung; wollen Gewerkschaften vom staatlichen Einfluss befreien und wieder unter Kontrolle der Arbeiter bringen. In den Gewerkschaften propagieren sie die Forderung nach Schuldenstreichung und haben damit Erfolg. Drei Punkte sind für sie zentral: Antirassismus, Antifaschismus, gegen den Krieg.

In den letzten Jahren trugen sie dazu bei, dass im Öffentlichen Dienst Gewerkschaftsforderungen von unten entwickelt wurden. Schon sehr früh konzentrierten sie sich auf Antirassismus und Antifaschismus, was heute immer aktueller wird.

Im Öffentlichen Dienst gibt es aktuell den Kampf gegen „Leistungsbeurteilungen". Es ist jetzt der zweite Versuch, diese einzuführen [siehe dazu die Berichte aus den Schulen und den Sonntagabend]. Vor drei Jahren war es noch die Nea-Demokratia-Regierung. Aber die Einführung wurde damals abgewehrt. Im Öffentlichen Dienst allgemein verweigerten 90%, an den Schulen 100%. Im Moment hat der neue Versuch die Schulen noch nicht erreicht.

Die Leistungsbeurteilung hat drei Stufen:
- Eigenbeurteilung (innerhalb von zehn Tagen)
- Vorgesetztenbeurteilung (innerhalb von zehn Tagen)
- Behörde beurteilt die Vorgesetzten.
- Der Hintergrund des Ganzen ist:
- Auflagen der Gläubiger
- Man will die Beschäftigten spalten.
- Man will privatisieren (z.B. Müllabfuhr, Wasserwerke usw.).

Die Vorstände der Gewerkschaften rufen aufgrund des Drucks von unten zur Verweigerung auf. Auch letzte Woche fanden deswegen Gewerkschaftsversammlungen statt. Aufgrund des Drucks mussten Vorgesetzte in einzelnen Bereichen ihre Nichtteilnahme erklären. Mögliche Konsequenzen sind noch nicht bekannt, aber es kann zu Entlassungen kommen.

Vor drei Jahren hat man zweieinhalbtausend Lehrer freigestellt, da man sie nicht entlassen konnte. Jetzt wird mit Nichtbeförderung gedroht. Vielleicht führt das auch zu Entlassungen nach zwei Jahren?

Eine Frage zum Verhältnis von NAR (Neue Linke Strömung) und ANTARSYA:
Die NAR ist Gründungsmitglied, eine der größeren Gruppen. Für sie ist ANTARSYA eine wichtige Front, ein Fortschritt in der Zusammenarbeit antikapitalistischer Organisationen.

Durch die Kapitulation von SYRIZA gibt es eine neue Landschaft auf der Linken: Sehr viele Menschen sehen in ANTARSYA eine Lösung ohne schon einzutreten. Innerhalb von ANTARSYA gibt es eine Diskussion um die Fragen, wie man an mehr Menschen herankommt und wie an die kleinen Organisationen, die bei SYRIZA waren. Sie haben dazu Vorschläge: Einmal ein öffentlicher Aufruf an alle linken Organisationen zum gemeinsamen Kampf in den wichtigsten Fragen. Zum anderen den Vorschlag, ein gemeinsames politisches Programm aufzustellen.

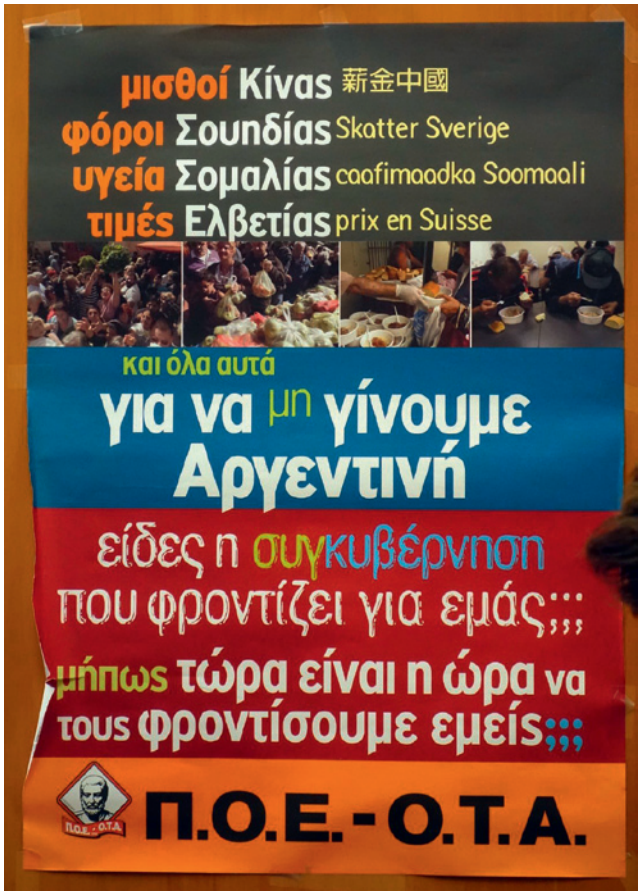
Die KP (KKE) und die Volkseinheit (LAE) machen da nicht mit. Es sind eher kleinere Gruppen, die von der KKE oder SYRIZA weg sind, oder traditionelle linke Grüppchen oder unabhängige Menschen. Ihr Vorschlag ist, bei ANTARSYA als Bündnis und nicht als Partei mitzumachen.

Das Wichtigste sind nicht die nächsten Wahlen, sondern konkrete Kämpfe zu unterstützen, z.B. gegen Zwangsversteigerungen. Erst kommt die Zusammenarbeit, dann die Wahlfrage. Die wichtigste Aufgabe ist es, die Massenbewegung zu stärken, das Parlament kommt später. Seit SYRIZA an der Regierung ist, blockieren deren Mitglieder Aktionen wie Streiks usw.

Frage: Wenn Wahlen und Parlament so unwichtig sind, warum dann überhaupt kandidieren und wie bei den letzten Wahlen 0,9% bekommen?

Das Parlament ist nicht unwichtig, sondern Teil des Kampfes. Man kann im Parlament auch was bewirken. ANTARSYA hat ja relativ viele Stimmen bekommen, im Januar 2015 1,2 %. Die KKE liegt momentan bei 4,5%. In elf von 13 Regionalräten Griechenlands sind sie vertreten mit einem Stimmenanteil zwischen zwei und sechs Prozent. In den Gewerkschaften des Privatsektors bekommen sie 5,5%, im Öffentlichen Dienst 12,5% und bei den Lehrern 25%.
Sie werden immer an Wahlen teilnehmen. Sie sind programmatisch mit KKE und LAE zu weit auseinander, deshalb kein Bündnis.
Bevor man zusammen arbeiten kann, muss man gemeinsam kämpfen und einen gleichberechtigten Dialog führen. Das sind ihre zwei Vorbedingungen. Erst Einigung in der Politik gegen die Spardiktate, bei Antirassismus und Antifaschismus.

Eine Frage zu der wirtschaftlichen Entwicklung. Laut der bürgerlichen Presse habe Griechenland ja die Wende geschafft.
Ziel der EU und des griechischen Kapitals sind die „Reformen“, insbesondere im Bereich der Arbeitsgesetze, die in Richtung Hartz IV gedreht werden. Dafür gab es seit 2010 sieben Regierungen. Die nützlichste in diesem Sinne ist jetzt die Syriza-Regierung, da sie den Widerstand der Massenbewegung kaputt gemacht hat. Die EU und die deutsche Regierung wollen deshalb Syriza an der Regierung halten. Das verschafft ihr einen kleinen Spielraum. Man lässt ihr z.B. etwas Zeit bei der Umsetzung der angesprochenen Leistungsbeurteilungen oder bei der Umsetzung der Auflagen.
Es gibt offiziell 1,2 Millionen Arbeitslose, davon bekamen vor drei Jahren noch 200 000 Arbeitslosengeld. Heute nur noch 80 000. Die Regierung macht kurzfristige Programme und verteilt etwas die Armut. Dadurch gibt es auf dem Papier einen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Leute in diesen Programmen bekommen z.B. für fünf Monate 300 Euro, sind nicht mehr arbeitslos und können danach aber kein Arbeitslosengeld beziehen.
Lohnerhöhungen gibt es weiterhin keine, die Tarifverträge sind weiterhin außer Kraft, obwohl Syriza versprochen hatte, sie wieder in Kraft zu setzen. Das wurde ihr von der EU untersagt.
Die Steuern steigen weiter, also für die meisten Beschäftigten verschlechtert sich die Lage weiter.
Da Syriza jetzt schon seit zweieinhalb Jahren an der Regierung ist, fangen die Leute an, sich mit der schlechten und noch schlechter werdenden Lage abzufinden.



Gewerkschaftsplakat:

Löhne wie in China,
Steuern wie in Schweden,
Gesundheitsversorgung wie in Somalia,
Preise wie in der Schweiz;

damit wir kein zweites Argentinien werden

Frage: Aber man sieht doch wieder ein paar neue Geschäfte?
Es werden mehr geschlossen als neu eröffnet. Das Bild ist trügerisch.
Im Öffentlichen Dienst waren früher 750 000 Beschäftigte (inklusive Armee, Polizei, Elektrizitätswerke usw.), heute sind es noch 500 000. Alle Bereiche sind geschrumpft worden außer Armee und Polizei. Die Syriza-Regierung hat kein einziges Krankenhaus wieder eröffnet. Es wird nichts verbessert, im Gegenteil, es kommen weitere Verschlechterungen.

Zum Arbeiterwiderstand.
Die Zeit der Generalstreiks von 2010 bis 2014 ist vorbei. Aber kein Angriff bleibt unbeantwortet. Z.B. gegen die Hafenprivatisierung gab es einen zweiwöchigen Streik. Besonders im Öffentlichen Dienst gibt es Gegenwehr. Zwar nicht so groß wie wünschenswert, aber es gibt sie. Erfolge sind sehr wichtig, z.B. bei den Beurteilungen. Am 11. Oktober streiken die Krankenhäuser mit einer zentralen Demo mit Beschäftigten aus dem ganzen Land in Athen.

Es ist der vierte allgemeine Streik. Die Hauptforderung ist: mehr Personal [wie in Deutschland!].
Es wird auch in einer Krise immer mal wieder sowas wie einen Aufschwung geben, aber nicht für die Arbeiterklasse. Investitionen von ausländischem Kapital erfolgen, weil die Arbeitskraft so billig geworden ist.

Frage: Wie kann man denn von 300 Euro leben?
Gar nicht. Viele verlieren ihre Wohnung. Oder sie sind ohne Strom. Eltern, Großeltern verkaufen alles, was sie haben, für ihre Kinder.
Bis 2015 kämpften die Menschen gegen diese Politik und hofften auf eine linke Regierung. Seit Juli 2015 ist diese Hoffnung weg.
Wir werden an die Nachkriegszeit in Deutschland erinnert, wo es nur ums individuelle Überleben ging.

Manfred



Die Apotheke in der Klinik der Solidarität;

Klinik der Solidarität vor neuen Herausforderungen

Die Gesundheitsbewegung hat einen Sieg errungen

Samstag, 30. September 2017, in Thessaloniki

Die Lage in Griechenland hat sich verändert. Bei unseren Reisen in den letzten Jahren waren immer mehr Menschen von der Gesundheitsversorgung ausgeschlossen, bis zu 33% der Menschen im Land hatten keine Versicherung mehr. Eine der wenigen Maßnahmen, die die Syriza-Regierung auf Grund des massiven öffentlichen Drucks umgesetzt hat, hat dazu geführt, dass alle Menschen Zugang zu Gesundheitsversorgung haben. Zumindest auf dem Papier: Das Budget für die Gesundheitsversorgung ist nicht wesentlich erhöht worden. Es müssen viel mehr Menschen als bisher mit der zur Verfügung stehenden Gesundheitsleistung auskommen.

Dennoch hat diese Maßnahme Auswirkungen auf die Arbeit der solidarischen Arztpraxis. Die Möglichkeit, auch für unversicherte Menschen, ein Krankenhaus oder eine Poliklinik aufzusuchen, hat dazu geführt, dass der Andrang in der solidarischen Arztpraxis geringer



Zahnärztliche Behandlung

geworden ist. Über die Weiterarbeit des großen Kollektivs ist deshalb eine Debatte entstanden. Es gibt unterschiedliche Ansichten darüber, wie die künftige Arbeit der Soli-Klinik aussehen soll. Eine Position geht davon aus, dass sich durch die neuen gesetzlichen Regelungen qualitativ nichts verändert hat. Es gibt nach wie vor Menschen, die weiter von medizinischer Versorgung ausgeschlossen bleiben. Dies sind nicht nur undokumentierte Menschen, wie z.B. Geflüchtete, die sich nicht registrieren ließen, aber auch Griechinnen und Griechen, die vom System einfach überfordert sind, die aus persönlichen Gründen nicht in der Lage sind ihr „Recht auf medizinische Versorgung“ durchzusetzen. Für diese Menschen sollte die Klinik in der bisherigen Weise weitergeführt werden. Die andere Position bezieht sich auf den Rückgang der PatientInnen und schlägt vor, die Rolle des Gesundheitszentrums neu zu bestimmen. Es sollte eine Art Beratungszentrum eingerichtet werden, in dem viel mehr als bisher politische Fragen diskutiert werden. .

Im Hintergrund der Debatte schwingen die Positionen „für oder gegen Syriza“ mit, was eine Versachlichung der Debatte erschwert.

Einigkeit scheint darin zu bestehen, dass das Projekt weitergeführt werden soll. Es hat über die Grenzen des Landes hinaus große Beachtung erzielt und die Erfahrungen der Selbstorganisation und der demokratischen Entscheidungsfindung in den Vollversammlungen haben Modellcharakter.

Hürden und Hindernisse, die Gesundheitsleistungen in Anspruch zu nehmen

Es wird nur ein Teil des Preises der benötigten Medikamente bezahlt. Die Versicherung zahlt nur den Preis für das billigste Medikament. Dieses gibt es aber oft nur auf dem Papier. Wenn es nicht verfügbar ist, müssen teurere Produkte genommen werden und der Versicherte muss die Differenz alleine tragen.

Das Gesundheitswesen wird derzeit von der EU bezuschusst. Dank der EU-Hilfe wurde das Budget für die Gesundheitsversorgung um 10% erhöht. Diese Zahlungen sind allerdings befristet. Wenn diese Zuschüsse auslaufen, weiß niemand, wie es weitergeht.

Eine weitere Hürde ist die Beschäftigung der Ärzte. Sie werden nur mit zwei- oder vierjährigen Verträgen eingestellt. Die ärztliche Versorgung in Griechenland ist nicht mit der in Deutschland zu vergleichen. Während die Versicherten hier die Leistung von niedergelassenen Ärzten in Anspruch nehmen können, müssen Griech-innen die Konsultation bei niedergelassenen Ärzten bezahlen. Die Versicherung hat Verträge mit nur sehr wenigen Ärzten.

Die kostenlose Basisversorgung findet in Krankenhäusern und Polikliniken statt. Es gibt Menschen, die schlicht in der Bürokratie verloren gehen.

Auf dem Land und auf den Inseln ist die Situation noch viel schwieriger, weil es dort oft keine Gesundheitsstation gibt.

Die Frage, wie über die Grenzen unterschiedlicher Sichtweise hinweg gemeinsam an einer Sache gearbeitet werden kann, steht vor einer neuen Bewährungsprobe. Mein Eindruck von diesem Prozess ist vorsichtig optimistisch. Es ist nicht der erste Konflikt, der hier im Kollektiv ausgetragen wird, und die ProtagonistInnen beider Seiten haben gute Gründe für ihre Position. Die Frage, wie eine menschenwürdige Gesundheitspolitik aussehen soll, spielt nicht nur in Griechenland eine große Rolle, sondern sie muss überall gestellt werden.

Hans



Alte, unersetzbare Waldbestände fallen der Profitgier zum Opfer

Der Widerstand gegen den Goldbergbau geht weiter.

Sonntag, 1. Oktober 2017, in Skouries

Die Einladung vom Kampfkomitee Megali Panaghia, am Marathonlauf gegen den Goldbergbau teilzunehmen, passte nicht nur uns gut ins Konzept. Auch die Genossinnen aus dem Dorf konnten zwei Fliegen mit einer Klappe schlage. Zum einen dieses wichtige Ereignis, das jährlich stattfindet, zu organisieren, zum andern uns als internationale Gäste zu treffen. Wir teilten uns auf: Zwei von uns nahmen an einem symbolischen Lauf teil, ein 5 km langer Parcours, der rund um das Dorf führte und an dem auch einheimische Kinder und Jugendliche teilnahmen. Die anderen gingen mit Streckenposten in den Wald auf die Strecke des großen Marathon, der quer-waldein auf einer 28 Km langen Route rund um den Berg führt, wo der Tagebau den Wald in eine Mondlandschaft verwandelt.

Im Dorf gibt es ein Volksfest mit Imbissständen, mit kostenlosem Essen, Kaffee und Kuchen, mit T-Shirt- und Bücherständen und einer bunten Menge an Zuschauern. Allerdings, so betonten TeilnehmerInnen, die wir später in Thessaloniki trafen, deutlich weniger als in den Jahren davor, wo der Widerstand gegen den Goldbergbau große Solidarität aus ganz Griechenland erfuhr. Am nächsten Abend konnten wir an der Sitzung des Thessaloniki-Komitees gegen den Goldbergbau teilnehmen. 15-20 Leute versammelten sich in einem kleinen Ladenlokal. Die Leute freuten sich über unseren Besuch, den sie als Unterstützung wahrnahmen und gaben uns bereitwillig Auskunft.

Die Bewegung hat sich von der Enttäuschung der Hoffnung, die sie in die linke Syriza gesetzt hatte, noch nicht erholt. Einige, wie wir sehen konnten, kämpfen weiter, aber viele, die früher dabei waren, bleiben einfach zu Hause.

Der jüngste Coup des kanadischen Konzerns „El Dorado Gold“ war die Drohung, die Investitionen aus Griechenland ganz abzuziehen, wenn die fehlenden Genehmigungen aus der Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erteilt werden. Syriza knickte ein und machte

umgehend ein Verhandlungsangebot an den Konzern. Daraufhin zog dieser seine Drohung wieder zurück. Ein billiges Spiel. Begleitet wurde dies noch durch eine Demonstration von Minenarbeitern, die ganz auf der Seite des Konzerns standen, vor dem Umweltministerium in Athen. Sie hielten sogar kurze Zeit das Gebäude des Ministeriums besetzt. Dem Konzern ist es gelungen eine tiefe Spaltung in die Dorfbevölkerung zu tragen. (Wir berichteten darüber in vorausgegangenen Reiseberichten.)

Inzwischen hat sich dieser Riss vertieft. Er geht quer durch die Dörfer, sogar durch die Familien. Die Leute reden nicht mehr miteinander und es ist schwer vorstellbar, wie diese Kluft überwunden werden kann. Das Verhalten der gelben Gewerkschaft ist eine wesentliche Ursache dafür. Es kam schon zu körperlichen Angriffen von Bergarbeitern gegen die Umweltschützer. Unterstützt werde sie dabei von den Faschisten von Chrisi Avghi (C.A.). Sie hat gute Beziehungen zu dem Unternehmen und kann dadurch Jobs verschaffen. Das vergrößert ihren Einfluss in der Region. In den Dörfern ist die Mehrheit für den Goldbergbau. An der Küste ist die Mehrheit dagegen. Früher hatten die Bergarbeiter einen normalen Umgang mit den UmweltaktivistInnen. Es war klar, dass es unterschiedliche Beschäftigungsmöglichkeiten gab.

Der industriellen Entwicklung wird in Griechenland aber besonderer Vorrang eingeräumt. Auf einem Gebiet von 30 Quadratkilometern wurden Bergbaukonzessionen erteilt. Neben dem Bergbau zählt auch das Pipeline-Projekt Southstream zum „major investment “- zu den strategischen Investitionen. Überall im Land sind bereits Baustellen dafür zu sehen.

Die Frage nach den ökonomischen Alternativen sehen unsere Freunde des Komitees entspannt. Es gibt eine reichhaltige Natur, eine ländliche Gegend, die entwickelt werden kann. Traditionell wurden Oliven, Obst und Gemüse angebaut. Die Gegend ist berühmt für den Honig. Es gibt Fischfang an den Küsten: All diese Produkte könnten auch für den Export genutzt werden.

In der vergangenen Woche hatte ein Umweltfestival stattgefunden, das auch mit großen Hürden zu kämpfen hatte. Plakate wurden heruntergerissen und die Geschäftsleute verweigerten die Unterstützung. Die starke Bewegung ist in der Versenkung verschwunden, doch die harten Kerne machen weiter.

Hans



Ziel des jährlich stattfindenden Laufes





Dimitri beim Verpacken der Seife

Besuch in der besetzten Fabrik vio.me:

Kampf gegen die drohende Zwangsversteigerung

Montag, 2.Oktober 2017, in Thessaloniki

Die selbstverwaltete Fabrik wurde besetzt kurz bevor wir das erste Mal Griechenland besucht haben. Wir haben die Entwicklung der Fabrik in den letzten fünf Jahr begleitet. Ein Projekt voller Kampfgeist mit Hoffnungen, Erfolgen und Niederlagen und neuen Hoffnungen Bei unserem Besuch im Jahr 2016 war vio.me der Treffpunkt für selbstverwaltete Betriebe aus ganz Europa und darüber hinaus. Wie viele der aus Kämpfen hervorgegangenen selbstbestimmten Kollektive steht Vio.Me für die konkrete Utopie einer anderen Gesellschaft, die bereits praktischer Kampf für eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung jenseits des Kapitalismus geworden ist.

Wir betreten vertrautes Terrain und treffen mit Dmitris einen alten Bekannten und Freund. Aber auch zwei neue Kollegen lernten wir kennen. Zwei junge Chemieingenieure, die ihre Kenntnisse einbringen, um das Produkt zu verbessern. Die Qualität der Produkte bestimmt sich nicht nur aus sozialen und ökologischen Gesichtspunkten. Die Anwenderfreundlichkeit, besonders bei den Flüssigseifen wurde u.a. mit natürlichen Aromazusätzen erheblich verbessert.

Dimitris gab sich wie gewohnt kämpferisch. Auf die Bedrohung angesprochen, die von der bevorstehenden Zwangsversteigerung (siehe Kasten) ausgeht, lachte er nur. Der Gerichtsvollzieher hatte schon mehrmals versucht das Werksgelände zu betreten. Von den Arbeiter*innen daran gehindert, musste er jedesmal unverrichteter Dinge wieder abziehen. Die Kollg*innen gehen davon aus, dass es wie in der Vergangenheit gelingt, den nächsten Versteigerungstermin im Januar mit massiven Blockaden zu zu verhindern.

Um auch ökonomisch überleben zu können ist ein Ausbau der Vertriebsstrukturen unverzichtbar. Beim 'workers economy meeting' 2016 wurde dafür eine Arbeitsgruppe gebildet. Als ein Ergebnis ist der Aufbau von union coop anzusehen,die ab Januar die vio.me Produkte in den Vertrieb aufnimmt.

http://www.viome.org/p/deutsch.html

Hans

„Solidarität ist eine Seife!“

„Wir, die ArbeiterInnen von VIO.ME, betreiben die besetzte Fabrik seit viereinhalb Jahren und kämpfen schon seit sechs Jahren, doch das juristische System Griechenlands richtet immer noch heftige Angriffe gegen uns. Unser Versuch, den Betrieb der Fabrik fortzusetzen, ist abgelehnt worden, und ein entsetzlicher Gesellschaftskonkurs ist in Kraft getreten. Nun sollen die Produktionsmittel einer Zwangsversteigerung unterzogen werden. Die Produktionsmittel, durch deren Gebrauch dutzende Familien seit viereinhalb Jahren ein Einkommen bekommen. Die Verantwortung tragen die „ehrbaren“ Richter, deren einziges Ziel ist, das zu zerstören, was wir, die ArbeiterInnen von VIO.ME, mit so viel Mühe in Gang gesetzt haben. Sie tun das, damit keine andere aufgegebene Fabrik in die Hände der ArbeiterInnen gelangen kann. Deshalb klagen wir das juristische System und den für die Abwicklung der Fabrik bestellten Liquidator an. Sie wollen uns den Weg versperren, weil wir eine besetzte Fabrik ohne Chef betreiben.

Wir laden euch ArbeiterInnen, Mitglieder einer Gewerkschaft, Zusammenschlüsse ein, uns zu unterstützen, damit wir alle zusammen zeigen, dass wenn sie nicht können, dann können wir. Wir brauchen eure praktische Unterstützung, um die Fabrik am Leben zu halten und unsere Familien vor Armut und Angst zu schützen. Wir brauchen Solidaritätserklärungen, um unsere Kraft zu beweisen: die Kraft der Solidarität, die stärker ist als jegliche Unterdrückung vom Kapital, stärker als jeglicher Zusammenbruch des kapitalistischen Wirtschaftssystem.

Kämpferisch und in Solidarität Die ArbeiterInnen von VIO.ME“

Neues vom Widerstand gegen Zwangsversteigerungen

Montag, 2. Oktober 2017, in Thessaloniki

Der erste September 2017 war für die Bewegung gegen Zwangsversteigerungen in Griechenland ein besonders bedeutsamer Tag. Bis dahin sollte die neue Maßnahme der griechischen Regierung gegen das aktive Verhindern von Zwangsversteigerungen greifen. Diese Blockaden wurden seit 2015 sehr erfolgreich praktiziert. Die immer mittwochs stattfindenden Versteigerungen im Amtsgericht wurden dabei einfach mit teils mehreren hundert Leuten gestürmt und dadurch unmöglich gemacht.

Der griechische Staat tat sich lange schwer mit Gegenmaßnahmen. Die Versteigerungen sind öffentlich, lediglich deren Störung ist illegal. Doch selbst dann ist es für die Polizei nicht einfach so viele Menschen Festzunehmen, die sich auch noch sehr divers aus alt und jung zusammensetzen. Videos zeigen überforderte Polizisten und entschlossene Menschen. Viele Festnahmen sind auch deshalb problematisch, weil die Syriza-Regierung Angst vor einem Imageschaden hat. Es handelt sich nämlich um ein polarisierendes Thema, so sehr sogar, dass selbst die Polizeigewerkschaft verlauten ließ, sie wolle eigentlich nicht gegen die Aktivisten vorgehen. Dann zum ersten September der Plan: Mit Hilfe der ab nun elektronisch stattfindenden Versteigerungen soll der Widerstand gebrochen werden.

Bei einem Treffen mit Aktivisten aus Thessaloniki erfuhren wir mehr darüber. Auf die neue Gesetzgebung – gefordert in einem der vielen Memoranden der Troika- reagierte die Bewegung kämpferisch, was auch dazu führte, dass zum Zeitpunkt unsere Reise die elektronische Versteigerung seit fast einem Monat überfällig war. Nach deren Ankündigung kam es in ganz Griechenland zur Gründung neuer Gruppen, was am 31.8.17 in einem Protestmarsch in Athen mit mehreren hundert Teilnehmern gipfelte. Dort, und das heben die Aktivisten besonders hervor, kam es zur Vernetzung aller Gruppen in Griechenland und durch die nun verbesserte Zusammenarbeit zu einer Stärkung der Bewegung.



Protest gegen die Zwangsversteigerungen vor dem Gericht in Thessaloniki

Auf dem Plakat: Nein zu Zwangsversteigerungen! Dach-Wasser-Strom-Heizung-Fürsorge für alle Menschen!

Die Forderungen sind klar: Die neue Gesetzgebung abschaffen, einen wirksamen Schutz des ersten Wohnsitzes einführen, sowie die sofortige Rücknahme aller repressiven Maßnahmen gegen AktivistInnen. Zu Repression war es in letzter Zeit vermehrt gekommen, als der Staat, auch wegen Druck durch die Troika, nach vielen Drohungen und Verunglimpfungen versuchte die Bewegung durch das gezielte Verfolgen einzelner zu schwächen. Es wurden über 25 Verfahren eingeleitet.

Das macht die Leute aber nur noch entschlossener. Man hat hier wirklich die Schnauze voll, sagt ein Aktivist. Auch die griechischen Notare streiken immer wieder. So wollen sie sich in Thessaloniki noch bis zum 4. Dezember den Zwangsversteigerungen enthalten und diese können somit nicht stattfinden. Trotzdem protestieren die Aktivistinnen jeden Mittwoch vor dem Amtsgericht. Die Botschaft ist klar: Stärke zeigen. Generell sind unsere Gesprächspartner sehr optimistisch. Auf die Frage, was sie machen wollen, wenn die elektronischen Versteigerungen doch eingeführt werden, antworten sie nur mit einem Schulterzucken, Mensch wird Wege finden. Aktuell plant die Regierung die elektronischen Zwangsversteigerungen Ende November anlaufen zu lassen. Die Troika macht Druck die Gerichtsverhandlungen durch verschärfte gesetzliche Maßnahmen zu schützen und die aus ihrer Sicht "notwendigen Strukturanpassungsmaßnahmen" durchzusetzen.

Die griechische Regierung ist dem, wie könnte es anders sein, bereits nachgekommen. Daran, dass es trotzdem zu Protesten kommen wird, zweifeln wir nach dem Gespräch nicht.

Wenn Sonntag kein Feiertag ist, dann ist kein Sonntag

Dienstag, 3. Oktober 2017, in Thessaloniki

Seit Beginn der Wirtschaftskrise in Griechenland wird argumentiert, dass das Wachstum verstärkt werden könnte, indem durch Lohnkürzungen und Abschaffung der Tarifverträge Investitionsanreize geschaffen würden. Die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen wird als der einzige Weg propagiert, aus der Krise zu kommen. Neben flexibilisierten Arbeitszeiten und unbezahlten Überstunden zählt dazu auch die Einführung der Sonntagsarbeit. 108 Jahre nach der Einführung des Sonntagsfeiertags in Griechenland wird er wieder in Frage gestellt. Parallel dazu sind Forderungen von der Seite der Arbeiter*innen unter dem Druck der Entlassung sehr schwierig geworden. Um mehr über den Kampf gegen das Kapital unter diesen schwierigen Bedingungen zu erfahren, haben wir uns mit der Basisgewerkschaft gegen Sonntagsarbeit in Thessaloniki getroffen.

„Unser Kampf hat 2013 begonnen, als durchgesetzt wurde, dass die Geschäfte sieben Sonntage im Jahr öffnen können." Ein Jahr später versuchte die damalige Regierung aus Nea Dimokratia und PASOK durchzusetzen, dass an allen 52 Sonntagen im Jahr geöffnet werden darf. Infolge der Proteste wurde die Zahl aber nur um einen Sonntag erhöht. Der 3. Gesetzesentwurf zum Thema von 2015 ermöglicht durch seine Formulierung „mehrere Sonntage", die Situation weiter zu verschärfen. Vor diesem Hintergrund vereinbarten Syriza und die Troika 2017, dass die Geschäfte in touristischen Gebieten an 32 Sonntagen öffnen dürfen. Die touristischen Gebiete umfassen insgesamt sieben Orte in Athen (insbesondere Zentrums-, Hafen- und Flughafen-Gebiet) sowie das historische Zentrum in Thessaloniki. Das Urteil wurde mit steigenden Besucherzahlen und der steigenden Handelsaktivität in den zwei großen Städten begründet.

Nach der Verhandlung mit der Troika behauptete der Wirtschaftsminister D. Papadimitriou, dass die Regierung mit dieser Maßnahme nicht einverstanden sei. Allerdings hat er ergänzt: „Wir können die Maßnahme als Modernisierung der Gesellschaft sehen, zumal die Sonntagsöffnung der Geschäfte in den meisten europäischen Städten und den USA erlaubt ist." Dass Syriza nicht mit den eigenen Gesetzen einverstanden ist, ist nichts Neues. Ähnliche Sprüche lassen sich in Beiträgen von Syriza-Politikern finden, wo sie sich als Regierungspartei sowie gleichzeitig als Oppositionspartei gegen sich selbst darstellt.

Untersuchungen der Gewerkschaften machten deutlich, dass kleine Geschäfte die zusätzlichen Betriebskosten am Sonntag nicht tragen können und nur große Konzerne in touristischen Bezirken von der Gesetzesänderung profitieren. Letztlich stellt sich die Frage: Wie soll der Konsum ansteigen, wenn das Einkommen der meisten Menschen kaum zum Überleben reicht?

„Vor der Krise waren nur 11% der Angestellt*innen in der Basisgewerkschaft organisiert. Damals war die Basisgewerkschaft nicht so stark. Jetzt hat sich die Situation geändert. Das Interesse ist durch die Krise gewachsen. Nach der Abschaffung der Tarifverträge unterschreibt jede/r Arbeiter*in einzeln seinen Vertrag und ist den Chef*innen vollkommen ausgeliefert. Die ursprünglich fünf Arbeitstage sind auf sechs erhöht worden, bei weniger Geld und unsicherer Zukunft. Unter dem Druck der Entlassung hat das zur Konsequenz, das sich eine niedrige Zahl von Angestellt*innen an den Streiks beteiligt."

Seit 2013 hat sich der Kampf gegen die Sonntagsarbeit verstärkt. Der Kampf wird weniger von den großen Gewerkschaften und Parteien unterstützt, als von den Basisgewerkschaften und Genoss*innen aus dem linksradikalen und anarchistischen Spektrum. Die Basisgewerkschaft versucht seitdem an jedem verkaufsoffenen Sonntag Leute zu mobilisieren. „In den letzten zwei Wochen haben wir 15-18 Läden von insgesamt etwa 100 blockiert. Im Durch-

schnitt kommen jedes Mal ca. 50 bis 100 Aktivist*innen mit. Es gab aber Momente, wo die Bewegung mit 3 bis 4.000 Menschen die Läden blockiert hat.“ Blockiert werden normalerweise Filialen großer Ketten wie Public (ähnlich wie Saturn), Bershka, H&M, Zara, Notos Galleries (ähnlich wie Karstadt), Stradivarius usw., die im Zentrum von Thessaloniki liegen.

„Keine*r von uns arbeitet in diesen Unternehmen. Es ist eine Art von Solidarität für die Leute, die vor Ort arbeiten“, erzählen sie. Nach vielen erfolgreichen Geschäfts-Blockaden in Thessaloniki haben sich die Mitarbeiterinnen von Notos Galleries im Sommer organisiert und selber den Eingang ihres Geschäfts blockiert. Dazu haben sie versucht, die Leute über den Hintergrund ihrer Aktion zu informieren und sie von ihrem Sonntagseinkauf abzubringen. Dasselbe ist auch in einer Public-Filiale passiert. Zusätzlich haben die Mitarbeiter*innen beschlossen, den Laden an keinem Sonntag zu öffnen und haben damit Erfolg. Die schlechten Arbeitsverhältnisse in Public sind schon bekannt. Flexible Arbeitszeiten, unbezahlte Überstunden, Black Fridays und Sonntagsarbeit gehören zu ihrer Geschäftspolitik.

In der Provinz ist die Situation ein bisschen anders. Es gibt keine Sonntagsarbeit, aber ebenfalls sogenannte „Weißen Nächte“ oder die „Black Fridays“.

Sonntagsarbeit verpflichtet den Arbeitgeber*in eigentlich, 75% des Gehalts zusätzlich zu zahlen und einen extra freien Tag in der nächsten Woche zu geben. Oft halten sich die Arbeitgeber*innen aber nicht an diese Verpflichtungen, insbesondere in der Gastronomie. „Das Problem in der Gastronomie ist, dass die Mitarbeiter*innen nicht für lange Zeit dort arbeiten. Es gibt allgemein, aber insbesondere in der Gastronomie, eine Tendenz zum „Arbeitskraft-Recycling“. Viele Arbeitskräfte werden nach einem Jahr gekündigt, weil sie sonst das Recht haben, etwas Besseres zu kriegen. Die Folge dieser Praxis ist, dass die Sicherung von Arbeitsrechten sehr schwierig ist. „Für einige Monate arbeitest du in einem Café; nach sechs Monaten bist du in einem Klamottenladen und danach in etwas anderem“, sagt D. aus der Basisgewerkschaft.

Außerdem ist es schwieriger, mit den Mitarbeiter*innen in kleinen Läden in Kontakt zu bleiben. „Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber*in und Arbeitnehmer*in in kleinen Läden ist anders als in großen Konzernen. Das hat sowohl Vor- als auch Nachteile. Einerseits öffnen die wenigsten dieser Läden sonntags, andererseits würde als Gefallen verlangt zu arbeiten, wenn sie doch öffnen.“ Er endet damit: „Es ist sehr schwer diese Mitarbeiter*innen zu informieren und in Kontakt mit ihnen zu kommen, da der Arbeitgeber*in den Mitarbeiter*innen näher ist als wir.“

Alle Einschränkungen der Rechte von Arbeiter*innen, die „Weißen Nächte“ und „Black Fridays“, die Sonntagsarbeit und die insgesamt flexibilisierten Arbeitszeiten helfen in erster Linie den großen Unternehmen, ihre Profite auf Kosten kleinerer Unternehmen zu erhöhen. Es stellt eine neoliberale Absurdität dar, dass die Bevölkerung einen Teil des verkürzten Gehaltes für Konsumterror ausgibt oder dass die Touristen während ihre Urlaubs in Griechenland ihre Einkäufe machen werden. Vor der Krise hatten die gleichen Produkte in allen Läden dieselben Preise. Heutzutage müssen kleine Läden wie z.B. Buchläden, Drogerien, Apotheken oder kleine Lebensmittelgeschäfte schließen, weil sie nicht mehr mit den großen Unternehmen konkurrieren können. Die Folge ist, dass sich die Zahl der Selbstständigen verringert und die meisten Menschen abhängig beschäftigt in großen Ketten arbeiten.

Es geht nicht allein um die Sonntagsarbeit. Sie ist nur ein sichtbares Beispiel für den massiven Abbau von Arbeiter*innenrechten sowie für Lohnkürzungen und die Abschaffung von Tarifverträgen.

Mila





Fraport besitzt nun auch den Airport auf der Insel Santorini (Foto links)

Griechische Flughäfen – ein Schnäppchen für Fraport

Dienstag, 3. Oktober 2017, in Thessaloniki

Als eine der wesentlichen Bedingungen für die Verlängerung der griechischen Staatsschulden wurde in den Memoranden die Privatisierung von griechischem Staatsbesitz festgelegt. Insbesondere Deutschland drängte darauf, eine Behörde nach dem Muster der deutschen Treuhandgesellschaft einzurichten. Vor zwei Jahren schloss der Flughafenbetreiber Fraport, der mehrheitlich der Stadt Frankfurt und dem Land Hessen gehört und seit 2001 an der Börse notiert ist, mit diesem Privatisierungsfonds einen Konzessionsvertrag über 40 Jahre ab. Dieser betrifft den Flughafen in Thessaloniki sowie die 13 lukrativsten Inselflughäfen, darunter Korfu, Kefalonia, Mykonos, Rhodos und Santorini, und bietet dem zukünftigen Betreiber optimale Bedingungen. Demnach wird er einmalig 1,2 Mrd. € und jährlich einen Mietzins von 22,9 Mill. € an den Taiped-Fonds zahlen, die wie bei der Privatisierung des Hafens von Piräus für die Schuldentilgung eingesetzt werden sollen. Fraport wird von der einheitlichen Immobiliensteuer (Enfia) sowie von kommunalen Gebühren befreit, zudem werden drei neue Gebühren eingeführt, die an Fraport gehen. Er soll innerhalb der ersten vier Jahre Investitionen von 330 Mill. € tätigen, der griechische Staat hingegen für Schäden an den übertragenen Werten innerhalb der Laufzeit aufkommen. Für Umweltverträglichkeitsprüfungen und entsprechende Anpassungen der Ausrüstung haftet ebenfalls der Staat. Fraport ist berechtigt, für Kosten oder entgangene Gewinne durch Änderungen des Rechtsrahmens (z.B. für Arbeitsverträge), Streik oder Verzögerungen im Luftverkehr Entschädigungen zu fordern. Für Personen- und Sachschäden sowie für Todesfälle haftet ebenfalls der Staat und er muss auch für Entschädigungen von entlassenen Arbeiter_innen und für Firmen, die von Fraport gekündigt werden, aufkommen. Zudem ist er verpflichtet, die Erteilung von Visen und Aufenthaltserlaubnissen von Arbeiter_innen außerhalb der EU zu erleichtern. Ein „unabhängiger Ingenieur“, der von Fraport bezahlt wird, kann in Zukunft das gesamte Projekt beaufsichtigen und dabei Behörden wie die der Luftfahrt ersetzen. Dieser kann auch bei Streitigkeiten über Finanzen und Leistungen schiedsrichterlich einschreiten, wofür wiederum der Staat aufzukommen hat. Anhand von dessen Gutachten fordert Fraport nun 70 Mill. € Schadensersatz für durchgebrannte Lampen, kaputte Türen, verschwundene oder nicht funktionierende Feuerlöscher. Die Summe ist deutlich mehr als Athen mit dem Verkauf der Staatsbahn an die italienische Ferrovie Anfang September eingenommen hat (45 Mill. €) oder als die 30 Mill. €, die die Regierung 2018 bei den Heizkostenzuschüssen für in Armut lebende Familien einsparen soll. Im Geschäftsbericht für die ersten neun Monate 2017 hat Fraport mitgeteilt, dass die seit April eingerechnete Tochter Fraport Greece etwa 180 Mill. € zum Umsatzanstieg auf 2,2 Mrd. € beisteuerte. Mit 106 Mill. € trug sie schon ein Achtel zum Gewinn vor Steuern, Zinsen und Abschreibungen von insgesamt 808 Mill. € bei.

Als wir Dimitris Nanouris von der Gewerkschaft der staatlichen Angestellten des Flughafens (SYKATH) sowie der Föderation der griechischen Arbeiter_innen der zivilen Luftfahrt (OSYPA) am Flughafen von Thessaloniki trafen, erzählte er uns, dass sie den gesamten Vertrag ablehnen und so auch letztes Jahr bei einer Pressekonferenz von Fraport erklärt haben, dass diese als Eroberer gekommen sei. Auch haben sie durch die aktuellen Forderungen von Fraport erfahren, dass statt der zugesagten 1,2 Mrd. tatsächlich nur 600 Mill. € gezahlt worden sind. Jedoch seien ihre Kapazitäten zu gering, um nach diversen Streiks weiter gegen den Vertrag zu agieren, und so setzen sie auf die Klage, die sie beim obersten Zivil- und Strafgericht eingereicht haben. Zuvor lag der Fall beim obersten Verwaltungsgericht, das sich jedoch für unzuständig erklärte, da es eine politische Entscheidung sei. Seine Gewerkschaft ist für die Arbeiter_innen zuständig, die den gesamten Verkehr in der Luft kontrollieren und weiterhin vom Staat bezahlt werden. Daher haben sie kein Recht, für andere zu verhandeln, und standen bisher auch noch nicht direkt in Kontakt zu Fraport. Bei dem Betreiber arbeiten die Menschen im Bodenbereich, überwiegend bei den Unternehmen Goldair Handling und Swissport. Dimitris sagte, dass sie 250-300€ im Monat verdienen und oft nur Verträge für einen Tag oder einen Monat haben. Fraport versuche, die Unternehmen zu ersetzen, und bringt zuweilen eigene Arbeiter_innen vom kleineren Flughafen Kavala mit einer Fahrzeit von 2 Stunden nach Thessaloniki. Bei einem Treffen Anfang des Jahres in Berlin konnten die deutschen Betriebsräte von Fraport nicht glauben, dass es keine kollektiven Verträge gebe. Sie zeigten sich zufrieden mit dem Unternehmen, da es die Tarifverträge einhalten würde, könnten aber versuchen ein gutes Wort einzulegen. Dimitris meinte, dass alle Lohnabhängigen auf der Welt dasselbe Interesse hätten, diese in Griechenland mit 1,5 Mill. Arbeitslosen jedoch, anders als in den 90er Jahren, sich nicht mehr gleichermaßen zur Wehr setzen können.

Marc

Save Greek Water: Blick auf eine europaweite Kampagne

Mittwoch, 4. Oktober 2017, in Thessaloniki

Bei unseren Besuchen in Thessaloniki darf ein Treffen mit Yiorgos, dem „Chef" der Gewerkschaft bei den Wasserwerken nicht fehlen. Wir verabredeten uns mit ihm und seiner Kollegin Marianna, die bis vor kurzem auch im Gewerkschaftsvorstand war.

Wir berichteten von der erfolgreichen Kampagne in Deutschland, wo über 200 Tausend Unterschriften für eine Petition gegen die Privatisierung des griechischen Wassers gesammelt wurden. Im Dritten Memorandum war festgeschrieben worden, dass auch das Wasser zu privatisieren ist. Dies, obwohl die EU-Kommission auf Druck des Protestes von right2water 2013 zugesagt hatte, dass keine Kommune gezwungen werden wird, Wasser zu privatisieren.

In Thessaloniki befindet sich das zweitgrößte Wasserwerk Griechenlands, EYATH, mit einem Umsatz von 14 Millionen € im Jahr, Rücklagen sind 50 Millionen. Das Wasser von hoher Qualität. Die Preise für Wasser sind günstig und es gibt gestaffelte Preise: für arme Menschen ist es billiger als für noch Verdienende. Den ganz armen Menschen, wird der Wasserhahn nicht zugedreht, wenn sie den Wasserpreis nicht bezahlen können. Derzeit versorgt das Wasserwerk 4000 Familien kostenlos mit Wasser. Die Aspiranten auf das Wasser, die Konzerne Suez und Veolia haben bereits „festgestellt", das der Wasserpreis zu niedrig sei. Bei seinem Griechenlandbesuch im September des Jahres hatte der französische Ministerpräsident Macron auch de CEO von Suez im Schlepptau



Die Wasserwerke in Thessaloniki

In Griechenland hatt es schon öfter Streiks gegen die Privatisierungspläne gegeben und in Thessaloniki haben die Gewerkschafter und Beschäftigten den Managern von Suez den Zutritt verweigert. Dass sie nicht willkommen sind, wussten die Manager schon aus früheren Zeiten. Nicht überall läuft es so gut wie in Thessaloniki, schon gar nicht in Athen (siehe unten)

Viele kleine Gewerkschaften sind isoliert und es fehlt ihnen an Ressourcen. Der Vorschlag von Yorgos ist deswegen: Größere Gewerkschaftsgliederungen gerade in Deutschland sollten Patenschaften für kleine Betriebsgewerkschaften übernehmen, um sie so handlungsfähiger zu machen und sie so in die europäischen Netzwerke einzubinden.

Hans

Hintergrund: (aus einem Vortrag von Imke Meyer)

Das 3. genannten Memorandum of Understanding, die Vereinbarung zwischen der griechischen Regierung und den Gläubigern, ist die Wasserprivatisierung wieder mit aufgeführt. 2016 wurde neben dem bisherigen Treuhandfond HRADF ein so genannter Superfond eingerichtet wurde. In diesen Superfond wurden alle noch vorhandenen Güter öffentlichen Eigentums überführt und dazu gehören auch die bislang beim griechischen Staat verbliebenen Anteile an den Wasserwerken von Thessaloniki und Athen. Dieser Superfond läuft über 99 Jahre, steht unter der Kontrolle der Gläubiger. Sie haben zwar im Vorstand nur zwei zu drei Stimmen, haben aber ein Vetorecht, da jeder Entscheidung mindestens vier Personen zustimmen müssen. Die griechische Regierung hat keine Kontrolle mehr. Dieser Superfonds soll die Privatisierung des öffentlichen Eigentums weiter vorantreiben

Die Gewerkschaften haben wiederum Klage beim Obersten Gericht eingereicht, die Verhandlung sollte längst gewesen sein, wir haben aber nichts gehört. Sie lehnen die Privatisierung ganz ab und wollen auch ein PPP-Projekt verhindern. Sie betreiben intensive Öffentlichkeitsarbeit, z.B. wurde auch Minister aus Bolivien eingeladen, der über den erfolgreichen Wasserkrieg Cochabamba berichtet hat. Soweit ist es in Griechenland nicht.

Ein Satz zu Suez: Der Konzern ist Gründungsmitglied des Weltwasserrats, World Water Council, der 1996 gegründet wurde. Offiziell wird er als Denkfabrik bezeichnet, Aktivisten nennen ihn „Deckmantel der Wasserlobby". Unter den über 300 Mitgliedern sind die Vorstände internationaler Unternehmen, Vertreter der Wirtschaft, der Wissenschaft, Ministerien, internationale Finanzeinrichtungen wie die Weltbank, UN-Einrichtungen und lokale Regierungen. Dieser Weltwasserrat initiiert alle drei Jahre seit 1997 das Weltwasserforum. Deutschland ist im Wasserforum durch GIZ, die KfW und Vertretern aus dem Bundesentwicklungsministerium vertreten. Dieses Weltwasserforum ist, wie der der Weltwasserrat selbst, keine offizielle zwischenstaatliche Einrichtung. In einer Entschließung hat das Europäischen Parlaments im März 2006 verabschiedet, dass es unangemessen ist, dass dieser World Water Council, ein privates Gremium ohne demokratische Legitimität, einen solchen Einfluss auf die globale Wasserpolitik besitzt. Die Europäische Kommission, der Europäische Rat und die einzelnen europäischen Regierungen wurden aufgefordert, ihre Unterstützung aus dem Weltwasserforum zurückzuziehen, das ein fehlerhafter Rahmen für die Entscheidungsfindung für das Wasser ist. Leider hat dieser Parlamentsbeschluss keine Wirkung, er ist nicht bindend.

In Athen sieht es schlechter aus. Hier betreibt man offensichtlich die Strategie des Ausblutens. Hier wurde schon früher eine Firmenstrategie betrieben, die Richtung Privatisierung geht, sie haben den Gewinn gesteigert, über den Abbau von Personalkosten, d.h. ca. 1000 Leute wurden entlassen und Maßnahmen in die Infrastruktur wurden ebenfalls gekürzt. Im Jahr 2010 betrug die Gewinnausschüttung an die Aktionäre 4,2 Mio., 2011 waren es schon 18 Mio, und 2016 ist es zu einer Sonderausschüttung von 40 Mio gekommen. Zusätzlich zu der Dividende von 33 Mio. Die Dividendenausschüttung ist Teil des Asset-Entwicklungsplans von HRADF, zu dem sich die Regierung im Memorandum verpflichtet hat. (34% gehen in den Superfonds, 27% in HRADF, Rest an andere Aktionäre). Damit kann EYDAP das vorgesehene Investitionsprogramm von 465 Mio € nicht mehr finanzieren.

Die Beschäftigten haben starken Widerstand geleistet, die Hauptversammlung konnte zunächst nicht stattfinden. Sie haben auch einen Plan vorgelegt, wozu man die 40 Mio sinnvoll nutzen könnte, aber die Leitung vom Superfonds und HRADF haben es durchgezogen und so verschlechtert sich die Qualität des Wassers weiter in Athen. Ziel ist wohl, die Stimmung in der Bevölkerung dahin zu drehen, dass sie die Privatisierung wünschen und den Wert des Wasserwerks zu senken, so dass sie als reife, billige Frucht in den Schoß der Konzerne fällt.

Privatisierung Beispiel Berlin: in Berlin wurden erst einmal über 1000 Beschäftigte entlassen, dann stieg der Wasserpreis um 30%, und es gab keine Investitionen in die Infrastruktur, d.h. die Kanäle und Wasserrohre, wurden nicht mehr ordentlich gewartet. Dort hat sich der Widerstand entwickelt, es gab und gibt ihn noch den „Wassertisch", die die Öffentlichkeit informiert haben, Aktionen durchgeführt. Die Geheimverträge mit RWE und Violia wurden geleakt und im Deutschen Schauspielhaus vorgelesen. Dann gab es in Berlin eine Volksabstimmung und das Ergebnis war, dass Berlin die Wasserwerke zurückkaufen musste. Zu einem horrenden Preis: Veolia haben sich den entgangenen Gewinn bis 2028, solange ging der Konzessionsvertrag, auszahlen lassen.

2000 wurde Cochabamba Schauplatz des Guerra del Agua („Wasserkrieg"). Nach der durch den Internationalen Währungsfonds erzwungenen Privatisierung der Wasserversorgung verdreifachte die neue Gesellschaft Aguas de Tunari (ein Konsortium, das aus verschiedenen internationalen Wasserkonzernen bestand, innerhalb kürzester Zeit die Wasserpreise. Dies führte Anfang 2000 zu heftigen Protesten und einem Generalstreik. Nach Zusammenstößen der Demonstranten mit der Polizei eskalierte die Gewalt und im April 2000 wurde das Kriegsrecht über die Stadt verhängt. Mitte April 2000 nahm die Regierung die Privatisierung schließlich zurück. Insgesamt starben sieben Menschen und hunderte wurden verletzt.



Die Häfen Griechenlands sind von großer ökonomischer und strategischer Bedeutung. Nachdem die chinesische Staatsreederei Coscos 51% der Anteile des Hafens von Piräus gekauft hat, pachtete eine Investorengruppe unter deutscher Führung den Hafen von Thessaloniki für 35 Jahre.

Bilanz unserer letzten Griechenlandreise:

Bericht aus einem geplünderten Land

Am 24. September, dem Tag der Bundestagswahl 2017, brachen wir zu unserer sechsten Solidaritätsreise nach Griechenland auf. Die ersten Besuche – von 2012 bis 2014 – waren gekennzeichnet durch die verheerenden Wirkungen der Memoranden auf die sozialen Verhältnisse und durch den Widerstand der Betroffenen, von dem wir uns selbst einen Einblick verschaffen konnten. 30 Generalstreiks, unzählige Demonstrationen und die Herausbildung zahlreicher politischer Initiativen der Nachbarschafts- und Selbsthilfe in den Stadtteilen waren Ausdruck der breiten gesellschaftlichen Mobilisierung. In ihnen kam die Ablehnung des alten parlamentarischen Systems und ihrer Träger, ND und PASOK, zum Ausdruck. Mit der Wahl von SYRIZA in die Regierungsverantwortung erfolgte die Abrechnung. Der Wille, den Diktaten der Troika ein Ende zu bereiten, wurde nochmals mit der überwältigenden Ablehnung des Memorandums, mit dem „OXI“ bei der Volksabstimmung am 5. Juli 2015 zum Ausdruck gebracht. Doch die Erwartungen und Hoffnungen erfüllten sich nicht. Wenige Tage nach der Abstimmung, am 13. Juli, unterzeichnete die griechische Regierung das bisher rabiateste und folgenschwerste Memorandum.

Alle Pläne, wie nach der Wahl die wirtschaftlichen und sozialen Zustände schrittweise verbessert werden könnten, wurden angesichts des unterzeichneten Diktats aus Brüssel und Berlin zur Makulatur. „Solidarity4all“ hatte z.B. Vorstellungen erarbeitet über den zukünftigen Beitrag der „solidarischen Ökonomie“ für die griechische Wirtschaft. Und es gab eine Initiative der Gewerkschaften zum Ausbau des Hafens von Piräus in enger Abstimmung mit der Lokalverwaltung, den örtlichen Kollektiven und Gewerbetreibenden sowie den Hafenbetrieben auf den Inseln.

Der Euphorie über den Wahlerfolg von SYRIZA folgte die politische Katerstimmung, die auch noch während unseres Besuches 2017 spürbar war. Nach der unerwarteten Kehrtwende der Regierung verließen vor allem die in den Basisinitiativen engagierten SYRIZA-Mitglieder die Partei. So erfuhren wir bei unserem Besuch der Erwerbsloseninitiative in Perama, dass die meisten SYRIZA-Mitglieder inzwischen ausgetreten seien; die wenigen, die noch zu SYRIZA halten, erscheinen nicht mehr auf den Versammlungen der Initiative. Dieses Beispiel scheint durchaus typisch. Viele ehemalige SYRIZA-Mitglieder und -Anhänger konzentrieren sich auf ihr Engagement in den Basisinitiativen.

Die Parteien und Organisationen auf der Linken verfügen im getäuschten und entmutigten Wahlvolk derzeit über keine große Anziehungskraft. Mit der Kehrtwende von SYRIZA wurden die Ideen, für die sie in den Augen der Wähler*innen stand, diskreditiert. Das trifft

nun die gesamte Linke. Die befindet sich nach dieser Niederlage in einem politischen Klärungsprozess. Aus SYRIZA hervorgegangen sind zwei neue Parteien: die „Volkseinheit“ der ehemaligen linken Plattform und die „Partei der Bewegung“ der ehemaligen Parlamentspräsidentin Zoe Konstantipolou. Als die politisch aktivste Kraft auf der Linken erschien uns ANTARSIA, ebenfalls ein Bündnis mehrerer linker Organisationen. Es stand seit seiner Gründung in Opposition zum Kurs von SYRIZA, ohne allerdings die Zusammenarbeit mit anderen linken Kräften zu verweigern, wie es z.B. die KKE mit ihrem dogmatisch-sektiererischen Kurs praktiziert. Den Schwerpunkt legt ANTARSIA auf die antikapitalistische Arbeit in den Gewerkschaften/Basisgewerkschaften und in den sozialen Initiativen.

„Die griechische Gesellschaft befand sich im Sommer 2015 in einem Schockzustand.“ Der sei nun dem Alltag gewichen, weil die Menschen nicht ständig in einem Ausnahmezustand leben könnten. Der Schock hinterlasse aber weiter seine Spuren. So kennzeichnete einer unserer Gastgeber die momentane Stimmung. Umso beeindruckender war für uns, dass zahlreiche Aktivist*innen trotz aller politischen Rückschläge nicht resignierten, sondern ihre Arbeit in den Initiativen, Kollektiven oder den Basisgewerkschaften fortsetzen. Selbst unter den nun wesentlich verschlechterten Kräfteverhältnissen gelang es ihnen, Teilerfolge zu erringen. So wurden, wie wir erfahren haben, bis Ende September 2017 fast 90 Prozent der angesetzten Zwangsversteigerungen von Wohnraum verhindert. Der Widerstandswille konnte bislang nicht gebrochen werden.

Aber auch in Griechenland holte uns die bedrückende bundesdeutsche Realität ein. Auf den zahlreichen Zusammenkünften wurden wir immer wieder auf den Ausgang der Bundestagswahl angesprochen, vor allem auf den Wahlerfolg der AfD. Basisgewerkschaften und Erwerbsloseninitiativen hatten uns deshalb eingeladen, um über die sozialen und politischen Verhältnisse in der BRD zu berichten. Diese Infoveranstaltung gehörte mit zu den wichtigsten Treffen unserer diesjährigen Reise nach Athen.

Wir wiesen darauf hin, dass die Rechtsentwicklung auch eine Folge des Niedergangs der SPD sei, der mit der Deregulierung des Arbeits- und Finanzmarktes (Stichworte Agenda 2010 und Hartz IV) bereits 2004 einsetzte. Die Gewerkschaften haben dem keinen Widerstand entgegengesetzt, sondern lediglich versucht, den sozialen Abbau tarifvertraglich zu begleiten. Eine neoliberal gewendete Sozialdemokratie, mangelnde Gegenwehr der Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften bildeten eine Voraussetzung für die Erfolge rechtsextremer Populisten. Deshalb gewann die AfD bei der Bundestagswahl unter den sozialpartnerschaftlich orientierten und enttäuschten Gewerkschaftsmitgliedern überdurchschnittlich. Auf die Frage, wann der letzte Generalstreik in Deutschland stattgefunden hat, mussten wir eine ernüchternde Antwort geben: Vor fast 100 Jahren. 1920 scheiterte der Kapp-Putsch an einem spontan ausgebrochenen, politischen Generalstreik. Seither blieb die herrschende Klasse in Deutschland von solchen Machtdemonstrationen der arbeitenden Menschen verschont.

Die ökonomische Kraft des deutschen Kapitalismus, nach der Wiedervereinigung noch erheblich gewachsen, bildet die Grundlage für die Führungsrolle der Bundesrepublik innerhalb der Europäischen Union. Deutsche Innen- ist damit zugleich auch Außenpolitik. Die Bundesregierung war und ist die treibende Kraft zur Durchsetzung von Deregulierung und Privatisierung sowie zur Umverteilung von unten nach oben. Unterstützung fand sie bei den herrschenden und besitzenden Klassen in anderen europäischen Staaten, die ebenfalls von den Spardiktaten profitieren. Deren Regierungen und Parlamente haben die Vorgaben mitgetragen oder sich der deutschen Führungsrolle unterworfen. Nirgends wurde dies so offensichtlich wie im Verhältnis zwischen der deutschen und der griechischen Regierung, die auch weiterhin unter direkter Kontrolle der Emissäre aus Berlin und Brüssel „ihre Hausaufgaben“ erledigen muss.

Die Kapitulation der griechischen Regierung war eine Niederlage – nicht allein für die griechische Linke, sondern auch für die antikapitalistischen Kräfte in der BRD. Unter der Parole „change Greece - change Europe - change4all“ hatten auch wir (von der Linkspartei bis in die radikale Linke) nach der Wahl von SYRIZA gehofft, der griechischen Bevölkerung möge es gelingen aus dem Teufelskreis immer neuer Spardiktate auszubrechen. Diese Hoffnung wurde mit der Unterzeichnung des neuen Memorandums durch die Regierung Tsipras zu Grabe getragen. Die griechische Regierung war innerhalb der EU isoliert geblieben und auch die Linke hatte keine nennenswerte Unterstützung herstellen können. Der Impuls für ein Zurückdrängen der Spar- und Kahlschlagpolitik ist ausgeblieben. Die Kräfteverhältnisse in Europa als auch innerhalb der BRD wurden zementiert; die politische Stimmung hat sich nach rechts verschoben.

Die politische Bilanz unserer Solidaritätsreise 2017 fällt zwiespältig aus:
Zum einen erfuhren wir, dass der Widerstand in Griechenland, trotz der widrigen Kräfteverhältnisse, bisher nicht gebrochen werden konnte. Ein Beispiel ist der Kampf gegen die Privatisierung. Die für die Wasserwerke in Thessaloniki zuständige Gewerkschaft beschränkt sich nicht auf die Regelung der Arbeitsbedingungen per Tarifvertrag. Sie versteht sich in erster Linie als gesellschaftspolitische Kraft. Im Bündnis mit den Verbrauchern und Konsumenten, mit den verschiedenen sozialen und politischen Initiativen in Thessaloniki organisierte sie die Gegenwehr, u.a. eine von den Behörden verbotene Volksabstimmung. Zugleich ist die Gewerkschaft Mitglied eines europäischen und internationalen Netzwerkes gegen die Wasserprivatisierung. An deren Kampagne konnten wir uns in Deutschland mit Unterschriftensammlungen, Veranstaltungen und kleineren Kundgebungen beteiligen.

Zum anderen mussten wir den Bruch zur Kenntnis nehmen, der sich im Juli 2015 auftat und bis heute die Mobilisierung breiterer Bevölkerungsteile erschwert bzw. verhindert. Die Gründe für die Niederlage abzutun mit dem Vorwurf des Verrats durch SYRIZA oder der Führungsriege um Tsipras, halten wir für unzureichend und verkürzt. Gescheitert ist der Versuch über parlamentarische Mehrheiten an die Regierung zu gelangen, die dann, so das Versprechen, im Rahmen der EU-Institutionen die Diktate aus Brüssel und Berlin zurückweisen würde. Schäuble war im Rat der Finanzminister die treibende Kraft, die der Regierung Tsipras die Grenzen dieses Weges durch die Institutionen aufgezeigt hat. In die Regierungsverantwortung gewählt, hat SYRIZA nicht die Verhältnisse sondern sich selbst verändert. *„Der rasante Wandel des 2015 als linksradikale Partei angetretenen SYRIZA zu einer rechtskonservativen law & order Gruppe scheint immer schneller vonstatten zu gehen. Es ist bezeichnend, dass auf allen Ebenen einst als Fahne hoch gehaltene linke humanitäre Werte von Bord geworfen werden.“* (W. Aswestopoulos am 4.12. auf telepolis)

Bereits während unseres ersten Besuches 2012 erklärten unsere Gastgeber*innen, Griechenland sei das neolibrale Versuchslabor, in dem die EU teste, wie tief sie den Lebensstandard in einem Land der Gemeinschaft drücken könne. Ein Erfolg dieses Experiments würde auch auf andere europäische Staaten zurückwirken. Wir haben in den letzten Jahren versucht, auf diesen Zusammenhang hinzuweisen, mit den Reiseberichten, mit Gegenbesuchen und auf zahlreichen Veranstaltungen.

Bisher galt die Bundesrepublik als ein Hort der politischen Stabilität. Mit dem Ergebnis der Bundestagswahlen und den Schwierigkeiten, eine tragfähige Regierungskoalition zu schmieden, halten schrittweise Verhältnisse Einzug, wie wir sie in Griechenland kennengelernt haben. Mit einem entscheidenden Unterschied: In Griechenland profitierte SYRIZA, damals noch linke Oppositionspartei, vom Verfall der etablierten Parteienlandschaft. Bei uns befindet sich die AfD im Aufwind.

Andi, Berlin, Januar 2018


SAVE SKOURIES
NO DIRTY GOLD
ΠΡΟΣΟΧΗ
ΦΟΡΕΣΤΕ
ΤΗ ΖΩΝΗ

